

## Sonderschwerpunkt

# Cerfa / Ifri: 50 Jahre deutsch-französische Beziehungen

## Bilanz und Zukunftsperspektiven

VORWORT VON CLAIRE DEMESMAY UND HANS STARK\*

Die Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland bleibt von entscheidender Bedeutung in Europa. Über die Stabilität und die Tiefe der Beziehung zwischen beiden Ländern, die seit zwei Jahren zu beobachten ist, darf man sich gewiss freuen, doch lässt sich nicht verhehlen, dass sie sowohl bilateral als auch in ihrer europäischen Dimension auf gewisse Schwierigkeiten stößt. Am 24. Januar 2005 fand im Institut français des relations internationales (Ifri) zum 50. Jahrestag des Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa), einer der wichtigsten Forschungs- und Diskussionsstätten in Frankreich zu den deutsch-französischen Beziehungen, ein Kolloquium statt, das daran erinnerte. Die Veranstaltung bezog all jene Themen mit ein, die in den vorangegangenen Monaten vorherrschend waren: die Versöhnung 60 Jahre nach dem D-Day, die Zusammenarbeit in der Industrie, die internationale Sicherheit, die transatlantischen Beziehungen und natürlich die europäische Integration. Das vorliegende Dossier, das von „Allemagne d'aujourd'hui“ und DOKUMENTE gleichzeitig veröffentlicht wird, greift das gesamte Spektrum dieser Themen auf, die von politisch Verantwortlichen, Unterneh-

menschefts, Fachleuten und Journalisten aus Deutschland und Frankreich mit großer Offenheit diskutiert wurden.

Heute sind die bilateralen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland von einer beispiellosen Intensität und Qualität. Die Anwesenheit Gerhard Schröders bei den Gedenkfeiern zum 6. Juni 2004 und die Zustimmung dazu auf beiden Seiten des Rheins haben erneut gezeigt, dass Franzosen und Deutsche ihre konfliktreiche Vergangenheit hinter sich gelassen haben – auch wenn die Erinnerung daran keineswegs verschwunden ist – und sie sich nun in einer Post-Versöhnungsphase befinden. Dies gilt übrigens sowohl für die Führungskräfte als auch für die Bürger, die zahlreiche bilaterale Kontakte unterhalten und im Großen und Ganzen eine positive Sicht vom Anderen haben. Gleichzeitig bleibt aber das Bild, das Deutsche und Franzosen voneinander haben, von Stereotypen geprägt und zeugt von tiefer Unkenntnis. Während das Frankreichbild in Deutschland eher an ein Postkartenidyll erinnert, bleibt das französische Deutschlandbild glanzlos und verschwommen sowie von einem gewissen Desinteresse gekennzeichnet. Auch hat es manchmal den Anschein, als ob Deutsche

\* Dr. Claire Demesmay ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Cerfa/Ifri. Dr. Hans Stark ist Generalsekretär des Cerfa/Ifri und Dozent am Institut d'études politiques, Paris. Der nachfolgende Sonderschwerpunkt versammelt ausgewählte Beiträge des Kolloquiums des Cerfa zu seinem 50-jährigen Bestehen vom 24.1.2005 in Paris. Übersetzung: Dr. Erika Mursa.

und Franzosen sich immer weniger kennen. Dies gilt ganz besonders für die Sprache, wo der Rückgang der Kenntnisse eklatant ist: Seit Jahrzehnten lernen immer weniger Deutsche die Sprache *Molières* und immer weniger Franzosen diejenige *Goethes*. Eine solche gegenseitige Unkenntnis ist Ursache für mehr oder weniger tiefe und schädliche Missverständnisse und macht den deutsch-französischen Dialog zuweilen beschwerlich. Dies zeigte sich deutlich im Laufe des Jahres 2004, als es im Bereich der industriellen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu vielerlei Zwischenfällen kam. Die Konflikte im Zusammenhang mit der Übernahme der deutsch-französischen Gruppe *Aventis* durch *Sanofi-Synthelabo* sowie bei der Annäherung zwischen den Gruppen *Siemens* und *Alstom* haben in der Tat große deutsch-französische Divergenzen in der Wirtschaftskultur hervortreten lassen. Auch haben sie zur Schaffung eines kontraproduktiven Klimas des Misstrauens beigetragen und dies zu einem Zeitpunkt, da das Hervortreten eines gemeinsamen „industriellen Europas“ von entscheidender Bedeutung ist.

Hinzu kommt, dass die deutsch-französische Beziehung zwar eine eigene bilaterale Dimension besitzt, sie ihre Rechtmäßigkeit und ihre Daseinsberechtigung jedoch aus ihrem Handeln auf europäischer Ebene schöpft. Die europäische Rolle des deutsch-französischen Tandems erweist sich immer noch als ebenso unerlässlich wie unzulänglich. Noch nie zuvor waren die deutsch-französischen Beziehungen so eng wie nach der spektakulären Neubelebung vom Januar 2003. Aber noch nie zuvor hat auch die bilaterale Dynamik von Paris und Berlin so umstrittene Reaktionen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union hervorgerufen. Gewiss kann man sich dazu beglückwünschen, dass die deutsch-französischen Divergenzen über eine föderale Bestimmung der Union, über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik, die Gewichtung der Stim-

men im Rat oder die tatsächliche Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, die lange Jahre die Beziehungen zwischen Paris und Berlin vergiftet haben, inzwischen der Vergangenheit angehören. Beide Regierungen haben es verstanden, ähnliche Schlüsse aus dem Scheitern des Gipfels von Nizza, aus den neuen transatlantischen Gegebenheiten und aus den politischen sowie finanziellen Kosten der Erweiterung der Union zu ziehen. So ist es ihnen gelungen, einigen Schlüsseldossiers des Konvents zur EU-Verfassung mit einer Reihe von bilateralen Initiativen ihren Stempel aufzudrücken, vor allem in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie auf dem entscheidenden Gebiet der zukünftigen Architektur der Institutionen.

Allerdings ist auch zu beobachten, dass ein Fehlen deutsch-französischer Initiativen innerhalb der Union zwar Kritik hervorruft, zugleich aber die neugewonnene Dynamik der beiden Länder Widerstände weckt. Diese äußern sich um so heftiger, als sich Frankreich und Deutschland mit ihren Vorschlägen zu den Institutionen eindeutig im Lager der „großen“ Unionsländer situieren und damit die wachsende Kluft zwischen „Großen“ und „Kleinen“ Mitgliedstaaten unterstreichen. Und letztere wiederum reihen sich auch, zumindest die meisten von ihnen, in das Lager der „proatlantischen“ Länder ein, die in der Irak-Krise und in Fragen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die deutsche und französische Haltung verurteilten. Jedesmal, wenn sich ein solcher deutsch-französischer Bilateralismus manifestiert, wird jenen Kritikern eine offene Flanke geboten, die hinter solchen Initiativen den Versuch sehen, ein deutsch-französisches „Direktorium“ zu errichten. Daher rührt das häufig geäußerte Anliegen, ein solches Direktorium für andere Akteure zu öffnen. Dieses Anliegen ist um so berechtigter, als die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ohne eine aktive Beteiligung Großbritanniens nur ein leere Hülle bleibt und die

Beziehungen zu den CEI-Ländern (Communauté des États Indépendants) einen permanenten Dialog mit Polen erforderlich machen, ebenso wie man bei den Beziehungen zum südlichen Mittelmeer die spanischen und italienischen Positionen nicht übergehen kann. Würde man jedoch eine angebliche deutsch-französische Führung durch ein Direktorium der „Großen“ in Europa ersetzen, würde dies die innereuropäische Spaltung vollenden, die sich bereits bei den Arbeiten des Konvents und der Regierungs-

konferenz gezeigt haben. Berlin und Paris muss in einer ersten Phase viel eher daran gelegen sein, ihre Positionen zu harmonisieren und gleichzeitig auf der Basis permanenter Konsultationen von gleich zu gleich mit allen Ländern der Union nach Kompromissen zu suchen, die von ihren ursprünglichen Impulsen inspiriert werden. Nur so wird es möglich sein, die Rolle des deutsch-französischen Tandems als Motor in ihrer Nützlichkeit und Legitimität zu erhalten.

# Legitimität der Sonderbeziehung – auch im Europa der 30

## Prolog

JEAN FRANÇOIS-PONCET\*

Wir alle haben die verschiedenen Etappen der deutsch-französischen Aussöhnung miterlebt oder mitverfolgt, diese lange Wegstrecke, die wir in 55 Jahren seit dem Schuman-Plan zurückgelegt haben. Selbst in den besten Jahrgängen dieses Weges blieben Krisen nicht aus: so bei *General de Gaulle* bezüglich des Fouchet-Plans und der Politik des „leeren Stuhls“, bei *François Mitterrand* angesichts der deutschen Wiedervereinigung, bei *Jacques Chirac* in Nizza, als sich Frankreich und Deutschland wegen der Gewichtung der Stimmen innerhalb der Union auseinandersetzen. Bemerkenswert ist jedoch, dass all diese Krisen, selbst die tiefsten, überwunden werden konnten. Sie haben die Verständigung weder dauerhaft vergiften, noch wirklich schwächen können. Diese Widerstandsfähigkeit, diese Heilungskräfte sind verblüffend, ja einzigartig, wenn man sie beispielsweise mit der Labilität der französisch-amerikanischen Beziehungen vergleicht. Dafür gibt es eine Erklärung: Diese Verständigung hat sich nur deshalb als unerschütterlich erwiesen, weil sie stets eine Zielsetzung verfolgte, die über sie hinauswies, nämlich die europäische Integration. Beide Länder hatten und haben immer noch ein gemeinsames Ziel, die Einigung Europas, wofür ihre

Verständigung vom ersten Tag an Sockel und Motor war.

Ich komme zum Wesentlichen, nämlich der Zukunft. Ich vermute, dass Sie sich darüber wundern, so wie ich mich auch darüber wundere, dass heute die Nützlichkeit, die europäische Leistungsfähigkeit des deutsch-französischen Duos angezweifelt, ja, infrage gestellt wird. Ich will dieses Thema absichtlich etwas provokativ angehen, denn manchmal ist es wichtig, nicht „um den heißen Brei herumzureden“. Was wird da alles gesagt? Dass die deutsch-französische Verständigung in einem Europa der 25 oder der 30 mit mehr als 400 Millionen Einwohnern nicht mehr über ausreichendes Gewicht verfüge, dass sie nicht mehr beanspruchen könne, einem so großen Gebilde die Richtung vorzugeben. Man geht sogar noch weiter: Es wird behauptet, dass dieses Einvernehmen bei den Partnern Abwehrreaktionen hervorrufe, dass es Europa spalte und damit schwäche. Mit einem Wort: Man versucht uns davon zu überzeugen, dass die deutsch-französische Verständigung im Rahmen des neuen Europa kontraproduktiv geworden sei. Damit ist der Augenblick gekommen, da man klar und deutlich die Frage stellen muss: Ist die deutsch-französische Verständigung über-

---

\* *Jean François-Poncet* ist Mitglied des Senats, Außenminister a.D. und Geschäftsführer der Fondation Robert Schuman.

holt, ja oder nein? Lassen Sie mich gleich erklären, dass ich in keiner Weise auch nur annähernd eine solche Sichtweise teile, auf die man, so meine ich, mit Entschiedenheit reagieren muss. Ich will mich in diesem Zusammenhang auf drei Bemerkungen beschränken.

Erste Bemerkung: Das Argument der Kritiker lässt mich an ein anderes Argument ähnlicher Art denken, das oft gegen die Einigung Europas vorgebracht wird. Diese habe in Zeiten der Globalisierung, die doch Horizonte, Strukturen und Solidaritäten in weltumspannenden Dimensionen erfordere, keine Daseinsberechtigung mehr. Regionale Zusammenschlüsse seien überholt. Nun wissen wir zwar, dass die Globalisierung eine Realität ist, die niemand aufhalten wird, wir wissen aber auch, dass sie verschiedene Gesichter annehmen kann und dass ein Europa, das einig ist, ihr den Stempel aufdrücken und auf den Schutz seiner legitimen Interessen achten kann. Genau das gleiche gilt für die deutsch-französische Beziehung im Europa der 30. Die erweiterte Union ist mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert, nämlich mit der Zahl und der Heterogenität ihrer Mitglieder. Sie wird diese nur meistern, wenn es darin eine Initiativ- und Antriebskraft gibt, einen handelnden Kern von Ländern, die wissen, wohin sie wollen, und die in der Lage sind, Europa Ambitionen zu verleihen, die seiner Geschichte und seinen Ressourcen angemessen sind.

Im Hinblick auf die Ratifizierung der Europäischen Verfassung möchte ich an dieser Stelle Ihre Aufmerksamkeit auf einen möglichen Fall lenken – hoffen wir, dass er nicht eintreten wird – bei dem das Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland umgehend wieder eine zentrale Rolle spielen würde. Jeder weiß, dass Deutschland der Verfassung zustimmen wird, und man kann nur hoffen, dass die Franzosen letztlich auch mit Ja abstimmen werden. Nun sagen aber derzeit alle Meinungsumfragen voraus, dass

England mit Nein stimmen wird. Wenn dieser hypothetische Fall eintreten sollte, dann hätten Frankreich und Deutschland als Väter der Europäischen Einigung eine wichtige Entscheidung zu treffen. Man wird England nicht noch einmal abstimmen lassen, so wie man es mit Dänemark gemacht hat. Muss man dann auf die Verfassung und damit auch auf die weitere europäische Integration verzichten? Oder sollte man für England und vielleicht für ein oder zwei andere Länder, die gleichermaßen negativ abstimmen werden, einen Sonderstatus finden? Mehr als alle anderen Länder wären Frankreich und Deutschland aufgerufen, hierauf eine Antwort zu geben. Sie verkörpern die europäische Ambition, eine Ambition, die noch lange nicht ihr Ziel erreicht hat. Bisher wurden Strukturen geschaffen, die, wenn sie weiter entwickelt und konsolidiert werden, eines Tages die Umsetzung dieser Ambitionen in die Realität ermöglichen. Müsste man bei einem Nein aus Großbritannien für immer darauf verzichten?

Welches sind nun diese Ambitionen? Da wäre zunächst das wirtschaftliche Ziel: Hier geht es um ein gemeinsames Steuersystem, eine europäische Wirtschaftsregierung und um eine große gemeinsame Anstrengung in den Bereichen Forschung und Innovation. Es gibt auch ein politisches Ziel: Zu einem Zeitpunkt, da die Prioritäten der Vereinigten Staaten und jene Europas offensichtlich weniger konvergieren als früher – ich sage nicht, dass die Konvergenz gänzlich verschwunden ist – gilt es, zur Schaffung einer Weltordnung beizutragen, wie sie von unserem Kontinent angestrebt wird. Und es gibt schließlich das militärische Ziel, das nicht von allen Mitgliedern der Union geteilt wird, das aber, wie wir wissen, untrennbar mit der Rolle verbunden ist, die wir auf der internationalen Bühne beanspruchen wollen. Ich gelange damit zu der Schlussfolgerung, dass die deutsch-französische Verständigung im Europa der 30 ebenso notwendig ist wie in den Anfangszeiten Europas.

Zweite Bemerkung: Ich will damit natürlich nicht andeuten, dass Frankreich und Deutschland es sich erlauben könnten, jene ungeduldigen Reaktionen zu ignorieren, die ihnen seit mehreren Jahren nicht nur im Zusammenhang mit der unglücklichen Irak-Affäre entgegengebracht werden. Ich denke hier vor allem an die allgemeine Ablehnung, auf die die von Frankreich und Deutschland unterstützten Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten zweimal in Folge gestoßen sind. Die Lehre daraus ist eindeutig: Wir müssen künftig mehr Diplomatie, mehr Bescheidenheit und, was Frankreich anbelangt, weniger Arroganz an den Tag legen, als dies zuweilen der Fall war. Alles spricht im Übrigen dafür: die schwächlichen Wachstumsraten der deutschen und der französischen Wirtschaft, unsere Zögerlichkeit bei der Umsetzung von Reformen, von denen jeder weiß, dass sie unumgänglich sind, unser Rückstand bei der Anwendung europäischer Direktiven – wir sind die Klassenletzten – und schließlich das klägliche Beispiel, das unsere beiden Länder abgaben, als sie den Stabilitäts- und Wachstumspakt verletzten, den wir selbst den anderen auferlegten. Es hat keinen Sinn, so zu tun, als ob noch alles beim Alten wäre. Dennoch sollten wir keine falschen Schlüsse ziehen: Mit Form und Takt vorzugehen, bedeutet nicht, auf Sparflamme zu fahren; wenn wir zuhören, die anderen Partner konsultieren, uns zusammenschließen, so heißt das nicht, dass wir auf etwas verzichten, uns einschüchtern lassen, noch dass wir irgendwelche Komplexe nähren oder uns jenen Kritikern beugen, die von Anfang an nur ein Europa des kleinsten gemeinsamen Nenners im Sinn hatten, ein Europa als rein geografischen Raum – dies ewige Thema, das immer noch herumgeistert.

Dritte Bemerkung: Das Einvernehmen zwischen unseren beiden Ländern, das so notwendig bleibt, wird nur dann dauerhaft

und nach außen hin überzeugend sein, wenn sich parallel dazu die bilateralen Verbindungen zwischen Frankreich und Deutschland weiter vertiefen und verstärken. Da wäre unter anderem das traurige Thema der Sprache. Diese Angelegenheit ist von großer Wichtigkeit. Unsere beiden Regierungen müssen mit den Beschwörungsformeln aufhören und sich zum Handeln entschließen. Ist dies per behördlicher Anordnung möglich? In Deutschland sicher nicht, in Frankreich habe ich so meine Zweifel. Doch wenn man will, kann man Anreize schaffen, die stark genug sind, dass sie von den Familien berücksichtigt werden. Auch zu den Themenbereichen Industrie und Wissenschaft wäre vieles zu sagen. Es gibt Unternehmenszusammenschlüsse, Partnerschaften zwischen Universitäten, Schulen, Gemeinden. Und schließlich gibt es das weite Feld der Außen- und der Verteidigungspolitik. Warum entschließen sich unsere Regierungen auf diesem Gebiet nicht zu mutigen Initiativen, die Symbol und Gehalt miteinander verbinden? Ich denke hier an die Zusammenlegung mancher Botschaften im Ausland. Schon lange wird davon gesprochen, aber es geschieht nichts. Im Mai letzten Jahres hatte ich die Gelegenheit, in den Palästinensergebieten ein deutsch-französisches Kulturzentrum zu besuchen. Ich war beeindruckt von der Begeisterung, dem echten Glücksempfinden, das die beiden Direktoren, ein Deutscher und ein Franzose, empfanden, die das Zentrum nach seiner Fertigstellung leiten sollen. Wenn Deutschland und Frankreich einen großen Coup landen wollten, der auf dem gesamten „angelsächsischen Planeten“ widerhallen würde, wissen Sie, was sie dann tun sollten? Sie müssten ihre beiden Botschaften in Washington zusammenlegen. Reine Utopie? Gewiss! Aber sind nicht die Utopien von heute am fruchtbarsten für die Realitäten von morgen?

# Die Dimension der Versöhnung

## Annäherung der Mentalitäten

CHRYPELLE NOURRY\*

Thierry de Montbrial, der diesen Sitzungstag leitete, sprach sich zu Beginn für die Fortsetzung und Erneuerung der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern aus. Auch wenn sich die Rolle des deutsch-französischen Duos seit den Anfängen der Institutionalisierung dieser Beziehung verändert habe, bleibe das Einvernehmen zwischen beiden Ländern dennoch eine fundamentale Bedingung für die Europäische Einigung. Der geschäftsführende Direktor des Ifri steckte damit den Rahmen für die Debatte ab. Die Einführung und das erste Panel boten zunächst Gelegenheit, über die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen seit ihrer Institutionalisierung im Jahre 1963 im Rahmen des Élysée-Vertrages bis hin zur politischen Krise während des Gipfels von Nizza nachzudenken. Die Gesprächsrunde konzentrierte sich darauf, was die Versöhnung zwischen beiden Ländern eigentlich bedeutete, und zeigte zu-

gleich den Weg für eine bessere Kenntnis des Partners auf.

Bilanz der deutsch-französischen Beziehungen zu ziehen, heißt auch, auf die Gründung des Cerfa zurückzukommen. Die meisten Redner begannen daher ihren Beitrag mit einem historischen Rückblick auf dessen Anfänge und Entwicklung und unterstrichen die Bedeutung seines Auftrags als Experten- und Ratgeberinstitution. 50 Jahre später ist es in der Tat wesentlich, nach den Grundlagen für die gemeinsamen Reflexionen, die man unabhängig voneinander unternommen hat, zu fragen, um die eingeschlagenen Wege der Forschung und die Effizienz der verwendeten Arbeitsmethoden neu ausrichten zu können. Damit eröffnen sich neue Perspektiven: Künftig geht es darum, zwischen beiden Völkern eine Annäherung der Mentalitäten zu fördern, die sich auf wirklich gemeinsam erlebte Praxis gründet.

---

\* Dr. Chrystelle Nourry ist Politikwissenschaftlerin und Visiting Fellow am Institut d'études européennes, Universität Brüssel (IEE-ULB). An dem Beitrag wirkte auch Emmanuelle Saunier, wissenschaftliche Assistentin am Cerfa/Ifri, mit. Die Zusammenfassung berücksichtigt die Beiträge der Einführung von Klaus Neubert, Deutscher Botschafter in Paris, Jean François-Poncet, Mitglied des Senats und Aufsichtsratsmitglied der Fondation Robert Schuman, Dr. Peter Theiner, Leiter des Programmbereichs Westeuropa / Amerika der Robert Bosch Stiftung und Geschäftsführer der DVA-Stiftung, Prof. Dr. Ingo Kolboom, Universität Dresden, Mitglied des Deutsch-Französischen Kulturrats, sowie die Beiträge des ersten Panels von Alfred Grosser, Professor (em.) des Institut d'études politiques, Paris, und Präsident des CIRAC, Elisabeth Guigou, Abgeordnete des Parti Socialiste in der Nationalversammlung, Thierry de Montbrial, geschäftsführender Direktor des Ifri, Dr. Wolfgang Schäuble, Vize-Präsident der Parlamentariergruppe der CDU für Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik im Bundestag, sowie Fritjof von Nordenskjöld, Botschafter a.D. und Vize-Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Die Perspektiven einer deutsch-französischen Zusammenarbeit haben sich in der Tat sehr früh, lange vor 1945, herausgebildet und gingen von der Erkenntnis aus, dass es über die Natur der Beziehungen, die sich im Laufe der Jahrhunderte zwischen beiden Völkern ausgebildet hatten, nachzudenken galt. Diese Auseinandersetzungen bildeten nach Ansicht von Klaus Neubert nach dem Krieg die Grundlagen für eine tragfähige Versöhnung, als „Ergebnis eines gründlichen Nachdenkens auf beiden Seiten über verschiedene Bereiche, moralischer, politischer und operationeller Art“. Die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland hat sich somit zunächst in den Mentalitäten vollzogen, noch vor Ende des Zweiten Weltkriegs. Dank dieser Diskussionen und ihrer intellektuellen Ausstrahlung war der Weg für die Gründung des Cerfa, das auf deutscher Seite von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und in Frankreich vom Centre d'études de politique étrangère (CEPE), später vom Ifri getragen wurde, frei.

In diesem allgemein günstigen Kontext machte die französische Ablehnung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahre 1954 die Schaffung angemessener Strukturen erforderlich, um über die französische und die deutsche Gesellschaft nachzudenken, aber auch, um deren jeweilige Besonderheiten zu untersuchen und Vorschläge zu entwerfen, die von beiden Seiten verstanden werden. So verdankt das Cerfa seine offizielle Geburt dieser tiefen politischen Krise. Beide Regierungen empfanden sie „als schwere Niederlage beider Seiten“ und verkündeten umgehend die Einrichtung eines nicht-offiziellen binationalen Organs, das gründlicher über das Wesen der bilateralen Beziehung nachdenken sollte. Für Ingo Kolboom beruht der Erfolg des Cerfa letztlich in „dieser Kultur des Dialogs, die ihm eigen ist, einer Kultur des diskreten Nachdenkens, der ruhigen Auseinandersetzungen, der heiteren Wachsamkeit, die darauf setzt, in der

langen Dauer Einfluss zu nehmen“. So ist es dieser Einrichtung gelungen, „in aller Stille eine Verständigungsarbeit zu leisten“, die beachtlich ist.

Das erste Ziel des Cerfa bestand in dem erklärten Willen, die bilateralen Beziehungen zu fördern, indem man dem Nachbarland die Hand reichte, um mit friedlichen Mitteln gemeinsame Ziele zu erreichen. Für Peter Theiner unterstützen alle Institutionen und alle Organisationen, die dieses gleiche Ziel verfolgen, mit ihren Aktivitäten die historische Notwendigkeit des deutsch-französischen Motors. „Unsere Rolle“ erklärt er, „besteht darin, die konkreten Fragen, die unsere beiden Länder betreffen, herauszuarbeiten und sich als Plattform für ein gemeinsames Nachdenken und als Instrument, das vor den Risiken unliebsamer Entwicklungen warnt, zu konstituieren“. Peter Theiner plädierte dafür, dass solche deutsch-französischen „Think Tanks“ zu einer Art Experten-Avantgarde werden, bestehe doch das Hauptziel ihrer Untersuchungen und Forschungen in der möglichst engen Beratung der politischen Entscheidungsträger.

### Von der Versöhnung zu einer gemeinsamen politischen Ethik

Alfred Grosser erklärte eingangs, dass er den Begriff „Versöhnung“ ungerne benutzt, wenn es um die deutsch-französischen Beziehungen geht: „Die Franzosen, die ihn verwenden, ignorieren die Präambel der Verfassung von 1946, die mit der Formel beginnt, dass dieser Sieg über Regime errungen wurde, die den Menschen unterdrücken und erniedrigen wollten“. Wenn man von Versöhnung spreche, so erinnere man damit eher an die bilaterale Situation, wie sie sich nach dem Ersten Weltkrieg darstellte. Sei es die Versammlung der beiden Parlamente in Versailles im Jahre 2003, seien es die Feiern zum 11. November letzten Jahres oder auch die Feierlichkeiten, die Charles de Gaulle und Kon-



rad Adenauer in Reims sowie François Mitterrand und Helmut Kohl in Verdun zusammengeführt hätten, stets habe es sich dabei um die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland gehandelt. Dabei sei nicht von dem Sieg als solchem die Rede gewesen, sondern vom Leid, vom deutschen wie vom französischen, das in den Gräben der beiden Lager erfahren wurde. Seiner Ansicht nach hätten sich Politiker, um über Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg zu sprechen, in Dachau treffen sollen. In diesem Fall wäre es um Versöhnung gegangen, denn seiner Ansicht nach ist Dachau ein einschlägiges Element dieser Kultur. Eine solche Form der „volksnahen und ursprünglichen“ Kultur, die er, wie auch Joseph Rovau und andere, nach 1945 entwarf, wäre es wert, heute auf beiden Seiten des Rheins von Einrichtungen wie dem Cerfa verbreitet zu werden. Eine solche Art der Kultur müsste die „gemeinsamen kollektiven Glaubensvorstellungen“ berücksichtigen und vor allem „lernen, den anderen kennen zu lernen, um zu zeigen, wo man ihm ähnlich und wo man verschieden ist“. Auf diesen Grundlagen könnte sich künftig eine gemeinsame politische Ethik beider Völker herausbilden. Alfred Grosser öffnete so die Diskussion und schlug für die Zukunft eine neue Form bilateraler Kooperation, gegründet auf einem vertieften Verständnis, vor, das stärker auf den Mentalitäten und auf den Grundlagen erlebter politischer Realitäten aufbaue.

Generell stand bei dem historischen Rückblick auf die deutsch-französischen Beziehungen der 9. Mai 1950 als Gründungsdatum im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Nach Ansicht von Jean François-Poncet, Senator und Aufsichtsratsmitglied der Fondation Robert Schuman, wies die Erklärung von Robert Schuman, noch bevor die Zusammenarbeit 1963 institutionalisiert wurde, auf den deutsch-französischen Einfluss in der künftigen Gemeinschaft und die zentrale historische Rolle sowie Verantwortung der bilateralen Beziehung im europäischen Integra-

tionsprozess voraus. Alfred Grosser erinnerte seinerseits daran, dass sich die deutsch-französischen Beziehungen sehr früh und sehr positiv entwickelt haben, was heute weithin vergessen werde. Er unterstrich die große Bedeutung des 9. Mai 1950 in der bilateralen Annäherung, weil dieses Ereignis für sich bereits eine echte Revolution in den Mentalitäten darstelle, nicht nur im diplomatischen Verhalten gegenüber dem Partner, sondern auch hinsichtlich der Vorstellung, die beide Länder von Europa haben. In dieser Perspektive sei der 9. Mai 1950 wirklich ein Wendepunkt in der deutsch-französischen Beziehung gewesen, weil in der Erklärung ein europäisches Ziel eingeführt wurde. So konnte sich die deutsch-französische Annäherung verwirklichen, weil in ihr ein besonderes Konzept von Europa enthalten gewesen sei.

Für Grosser hat das Europa der Zusammenarbeit tatsächlich vor 1958 begonnen. Denn im Geist der Männer, die die Römischen Verträge unterzeichneten, war Europa ein Spiel mit positivem Ergebnis, während von der nächsten Epoche an eine neue Vorstellung von der Gemeinschaft auftauchte: Europa wird ein Nullsummenspiel. Nach Grosser ist dies auch die Phase der Ungereimtheiten zwischen den französischen und den deutschen Konzeptionen hinsichtlich Europas und ihren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Der deutsch-französische Vertrag habe sich davon übrigens nicht sogleich erholen können, doch sei es ihm gelungen, im Laufe der Jahre die Hindernisse zu überwinden, denn „die Verpflichtung zu gemeinsamen Begegnungen ist durchaus beachtlich, die Verpflichtung zur Zusammenarbeit wurde auf den verschiedensten Ebenen der Verwaltung verwirklicht, und es wäre schade, wenn dieses Gewebe zerreißen würde“.

Für Wolfgang Schäuble, Koautor des berühmten Kerneuropa-Papiers, das er 1994 zusammen mit Karl Lamers verfasste, gehört das Thema „Versöhnung“ nach Ansicht all jener,

die nach dem Krieg geboren sind, der Vergangenheit an. Auch wenn sich eine Bilanz der 50 Jahre deutsch-französischer Beziehungen als notwendig erweise, müsse man sich jetzt doch von der Geschichte lösen, so wichtig sie auch sei, um sich gänzlich der Zukunft zuzuwenden und um darauf zu achten, dass diese besondere Beziehung zwischen unseren beiden Staaten nicht mit der Zeit verblasst. Als Echo auf *Alfred Grosser* und *Jean François-Poncet* erinnerte der deutsche Abgeordnete an die konsequenten Fortschritte, die Frankreich und Deutschland in ihren bilateralen Beziehungen gemacht haben, und an deren treibende Kraft innerhalb der EU. Er rief aber auch in Erinnerung, dass es Paris und Berlin nicht gelungen sei, die Idee zu vollenden, die sich Franzosen und Deutsche von Europa gemacht haben. Noch zahlreiche Herausforderungen müssten gemeistert werden, damit die deutsch-französischen Beziehungen, die doch so wesentlich, wenn auch nicht ausreichend für die europäische Integration und das europäische Projekt seien, eine neue Dynamik gewinnen könnten.

### **Neue Dynamik im veränderten Kontext**

Viele Teilnehmer dieses ersten Panels sprachen sich angesichts der Veränderungen des europäischen Kontextes und der Neuzusammensetzung der Partner ebenfalls für eine Wiederbelebung in der deutsch-französischen Zusammenarbeit aus. Dabei wurden zunächst, bevor man auf die künftigen Herausforderungen einging, die Errungenschaften und Ergebnisse aufgezeigt, die durch die bilaterale Annäherung nach dem Zweiten Weltkrieg erzielt wurden.

*Jean François-Poncet* schilderte, wie schwierig der Weg war, doch hält er eine Besonderheit fest, die sich in der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Laufe der Jahre bestätigte: Das Besondere an den deutsch-französischen Beziehungen bestehe im

Grunde darin, dass Frankreich und Deutschland durch ein gemeinsames Ziel verbunden gewesen seien, das über nationale Interessen hinausweise, nämlich das europäische Projekt. Über alle zuweilen auftauchenden Divergenzen hinweg habe das in einem Raum von Frieden und Solidarität zu realisierende Endziel von Anfang an dieses bilaterale Gefüge mit soliden und dauerhaften Bindungen versehen.

Dies stellte auch *Elisabeth Guigou* fest, wenn sie an den Zeitraum der deutsch-französischen Zusammenarbeit unter *François Mitterrand* und *Helmut Kohl* erinnerte, den sie selbst miterlebt hat. Jenseits aller Spannungen sei es den beiden politischen Führern gelungen, eine außerordentlich enge menschliche Beziehung aufzubauen. Die Verbindungen, die beide über die Jahre hinweg unterhielten, hätten auf größter gegenseitiger Wertschätzung beruht, die sich im Laufe ihrer Begegnungen ausgebildet habe. In diesem Zeitraum habe sich auch der Rhythmus der deutsch-französischen Begegnungen auf außergewöhnliche Weise beschleunigt. Innerhalb dieses Rahmens habe jeder der beiden Staatsmänner der bilateralen Beziehung besondere Aufmerksamkeit geschenkt, erklärte *Elisabeth Guigou*, weil sie sich immer gegenseitig über die Ziele und die Probleme des anderen informierten und sich bemühten, zu erfahren, was für den Partner jeweils am wichtigsten war. In der nächsten Periode, die *Jacques Chirac*, *Gerhard Schröder* und *Lionel Jospin* in führenden Positionen zusammenbrachte, erschien die bilaterale Zusammenarbeit in den Augen der Abgeordneten weniger intensiv. Ihrer Ansicht nach können die Ko-habitation in Frankreich und der Umstand, dass einige der genannten Politiker nach dem Krieg geboren sind, als Erklärung dafür dienen, dass sie mit deutlich weniger Initiativen und Bewusstsein für diese Besonderheit vorgehen. In den Augen der Bevölkerung sei dies in den Krisen bei den Sitzungen des Europäischen Rats von Berlin 1999 und von Niz-

za 2000 überdeutlich geworden. Dennoch, so fügte die Abgeordnete hinzu, sollten durch diese Divergenzen die verschiedenen deutsch-französischen Leistungen dieser Zeit nicht überdeckt werden wie etwa die gemeinsame Initiative zur Charta der Grundrechte.

Die Bilanz der letzten 50 Jahre ist somit eindeutig positiv, sowohl, was die deutsch-französische Annäherung als auch, was die Europäische Einigung anbelangt. Die Vielzahl der Konsultationsmechanismen, die in verschiedenen Formen erneuert wurden, sorgt dafür, dass die bilaterale Kooperation in einem soliden diplomatischen Netzwerk verankert ist. Die Frage lautet heute, wie die anderen Mitgliedstaaten mit dieser grundlegenden Entente innerhalb Europas umgehen können. Wenn man die deutsch-französischen Errungenschaften in ihrer europäischen Tragweite beleuchtet, führt dies in einem zweiten Schritt dazu, dass man über die künftig einzuschlagenden Wege nachdenkt, damit die bilaterale Verbindung in einem erweiterten Europa, das in ein immer komplexer werdendes internationales System eingebunden ist, gefestigt wird. Nach Ansicht aller Teilnehmer haben Frankreich und Deutschland die Pflicht, sich der Zukunft zuzuwenden und gemeinsam für den Erfolg der neuen aktuellen Etappe der europäischen Integration zu arbeiten, einer Integration, die künftig mit der Unterzeichnung der Verfassung eine politische Dimension gewinnen wird. Nach Ansicht von *Fritjof von Nordenskjöld* haben sich die Parameter der bilateralen Beziehung seit den Anfängen der Institutionalisierung weiterentwickelt, was zum Teil mit dem Generationswechsel zusammenhänge. Die Verbindungen, die zwischen beiden Nationen geknüpft wurden, nähmen heute für die Generationen, die nach dem Krieg geboren sind, eine andere Form an. Die emotionale Dimension sei in den alltäglichen Kontakten in den Hintergrund getreten und habe einer gewissen Gleichgültigkeit Platz gemacht. Es gibt für ihn keine Patentlösungen,

und auch wenn die heutigen Beziehungen weniger stark von Gefühlen geprägt seien – was auch Zeichen für eine gelasseneren Verständigung sei – erweise es sich dennoch als notwendig, die neue Generation an die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft zu erinnern.

*Ingo Kolboom* stellte darüber hinaus fest, dass in unseren Mediengesellschaften Show-Effekte den Vorrang haben. Seiner Ansicht nach sollte man demgegenüber jedoch lieber eine Verständigungsarbeit fördern, die „intimer“ und damit wirksamer wäre. In diesem Sinne sollte man zu Treffen in kleinem Kreis zurückkehren und kontinuierlich über aktuelle Probleme nachdenken. So bestehe heute die Rechtfertigung der bilateralen Verständigung in der „Kontinuität der Probleme zwischen beiden Völkern, die sich zunehmend in gemeinsame Probleme verwandeln und die ein gemeinsames Nachdenken auf der Ebene der Führungskräfte erfordern“. Denn wir seien an einer Etappe angelangt, da man offen über grundlegende Fragen sprechen und gemeinsam wichtige Lösungen für die künftigen Herausforderungen entwerfen müsse. So dürfe man über den guten offiziellen Beziehungen nicht vergessen, welcher Impuls erforderlich ist, um die Verbindungen zwischen beiden Zivilgesellschaften zu vertiefen. Das Erlernen der Sprache als Beweis für das Interesse, das man dem Partner entgegenbringt, sei ein unerlässliches Element für die besondere gegenseitige Kenntnis, die Frankreich und Deutschland miteinander verbinden sollte.

*Wolfgang Schäuble* regte seinerseits an, die Bemühungen um die gegenseitige Kenntnis fortzusetzen. Er bedauerte, dass in französischen Zeitungen keine Auszüge aus deutschen Zeitungen veröffentlicht werden – und umgekehrt – wie dies beispielsweise bei angelsächsischen Zeitungen der Fall sei, und betonte die Notwendigkeit, die Sprache des Nachbarn zu erlernen, als Vorbedingung für die mittel- und langfristige Konsolidierung

der deutsch-französischen Beziehungen. Als Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Offenburg, das nur wenige Kilometer von Straßburg entfernt liegt, beklagte er auch die Seltenheit von Kontakten zwischen Deutschen und Franzosen, was den mangelnden Sprachkenntnissen zuzuschreiben sei. Franzosen und Deutsche müssten die Dominanz des Englischen akzeptieren und dementsprechend handeln, das heißt, das Erlernen von zwei „fremden“ Sprachen fördern, wovon eine Deutsch oder Französisch sein könnte. In diesem Sinne müsse man auch den Austausch von Studenten, Schülern und Lehrlingen zwischen unseren beiden Ländern fortentwickeln und begünstigen. Eine andere Idee wäre es, so der deutsche Abgeordnete, sich auf das niederländische Modell zu beziehen und jeden Schüler, Gymnasiasten oder Studenten, der einen bestimmten Abschluss anstrebt, zu einem Auslandsjahr zu verpflichten. Andere gemeinsame Impulse könnten mit der Entwicklung von Praktika und gemeinsamen Programmen in der beruflichen Bildung gesetzt werden, aber auch auf diplomatischer Ebene, indem man beispielsweise französische und deutsche Konsulate in Ländern der Europäischen Union zusammenführe.

Die Entwicklung der Ereignisse in Europa und in der Welt zeige auch, wie sehr es notwendig sei, die bilaterale Kooperation beizubehalten, ohne sich auf eine Art von Zusammenarbeit zu beschränken, die zuweilen als exklusiv empfunden wird. Die privilegierte Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich sei zwar eine notwendige Bedingung für die europäische Integration, doch sei sie nicht ausreichend für die Vollendung der Einigung des europäischen Kontinents und seine anzustrebende Machtposition auf der internationalen Bühne. In dieser Perspektive ist es nach Ansicht von Wolfgang Schäuble grundlegend, die deutsch-französische Beziehung neu zu überdenken, und zwar gegenüber den anderen Mitgliedstaaten

(Großbritannien, Polen), aber auch gegenüber den Vereinigten Staaten, denn die deutsch-französische Zusammenarbeit und Verständigung hätte von Anfang an auf diesem Element basiert. In der Tat sei es sehr schnell darum gegangen, dass Franzosen und Deutsche nicht vor eine Alternative gestellt würden, zu der auch Washington gezählt hätte, oder gar, was Deutschland anbelangt, vor eine Alternative, zu der London gezählt hätte, erinnerte der deutsche Abgeordnete. Weshalb sollten wir also unsere europäischen Partner vor eine Alternative stellen, die wir selbst nicht in Betracht ziehen möchten und die nach Ansicht von Schäuble in keiner Weise zur europäischen Einheit und zur Behauptung der Stärke Europas in der Welt beitragen würde? Es liege im Interesse von Europa, von Paris und von Berlin, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten neu zu definieren und daraus den größten Nutzen für die EU zu ziehen. Denn nur ein starkes und einiges Europa könne in der Welt von morgen ein Gewicht haben – ein Projekt, bei dem Frankreich und Deutschland eine Verantwortung gegenüber ihren Partnern hätten. Im Übrigen könne es nicht angehen, dass man mit der Erweiterung vom 1. Mai 2004 auf ein starkes und politisch geeintes Europa verzichte. Für Wolfgang Schäuble bestehe die ursprüngliche politische Ambition Europas gerade in der Einigung des Kontinents. Nun sei es an Deutschland und Frankreich, die Verantwortung innerhalb des erweiterten Europa zu übernehmen und eine gemeinsame Position zum Ausdruck zu bringen – vor allem, was die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik anbelange – ohne diese jedoch den anderen aufzwingen zu wollen. Dazu müssten wir unsere Abstimmungsinstrumente flexibler gestalten. „Sprechen wir nicht mehr von einem Kern, es genügt, daran zu denken“, meinte Wolfgang Schäuble, „in dieser Rolle für Europa liegt die deutsch-französische Zukunft.“

# Aufgaben der Kooperationspolitik in Wirtschaft und Industrie

## Gemeinsame Herausforderungen, unterschiedliche Strategien

GILLES LEROUX\*

Christian Stoffaës erinnerte zu Beginn der Diskussion daran, dass die Wirtschaft Schlüsselstelle für die deutsch-französische Zusammenarbeit und zugleich Achse der Europäischen Einigung war. Ein Jahrhundert lang hätten „Kohle und Stahl“ immer wieder Anlass für Konflikte gegeben, um schließlich die Grundlage für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes zu bilden. 60 Jahre später stünden die französische und die deutsche Wirtschaft in enger Verbindung miteinander, der Austausch zwischen beiden Ländern sei rege, und es gebe einen gewissen Umfang von wechselseitigen Investitionen.

Heinrich Lieser betonte, dass 2005 auch für die Deutsch-Französische Industrie- und Handelskammer ein Jubiläumsjahr sei, da sie am 15. Juni 1955 von französischen und deutschen Geschäftsleuten gegründet wurde. Er ziehe eine sehr positive Bilanz, denn inzwischen hätten sich 1 043 französische Unternehmen in Deutschland und 2 700 deutsche Firmen in Frankreich niedergelassen, Tendenz steigend. In Beschäftigtenzahlen ausgedrückt, seien dies 500 000 beziehungsweise 700 000 Menschen in beiden Ländern.

Lieser erinnerte daran, dass die besten Absatzmärkte für Bordeaux-Weine in Deutschland lägen und dass Frankreich der beste Kunde der deutschen Maschinenbauindustrie sei. Eines der Aushängeschilder für deutsch-französische Industriekooperation und ganz allgemein für europäische Kooperation sei DaimlerChrysler, deutscher Partner von Aérospatiale, Partner von EADS (und zugleich deren größter Aktionär) sowie von Airbus, wie Stoffaës anmerkte. Diese Zusammenarbeit in einem empfindlichen Bereich, wo Europa mit den Vereinigten Staaten rivalisiert, sei ein hervorragendes Beispiel für das subtile und gelungene Gleichgewicht, das man in einem sensiblen Sektor zwischen französischem und deutschem Einfluss gefunden habe. Die Automobilindustrie sei aber auch die Stärke der beiden Volkswirtschaften und zudem ein strategischer Sektor von etwa gleich hoher Bedeutung für jedes der beiden Länder ebenso wie für die europäische Wettbewerbsfähigkeit.

Diese Ansicht teilte auch Reinhard Lyhs, Präsident von DaimlerChrysler France, der daran erinnerte, dass in Frankreich 10 Pro-

---

\* Gilles Leroux ist Dozent an der Universität Franche-Comté. Die Synthese des von Christian Stoffaës, dem Vorsitzenden des Deutsch-Französischen Rats für Wirtschaftsanalyse, Universität Paris IX-Dauphine/EDF, geleiteten zweiten Panels berücksichtigt die Redebeiträge von René Lasserre, Professor an der Universität Cergy-Pontoise, Direktor des CIRAC, Heinrich Lieser, Direktor der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer, Paris, Reinhard Lyhs, Präsident von DaimlerChrysler France und Eckard Wurzel, Leiter des Deutschland/Österreich-Büros in der Wirtschaftsabteilung der OECD.

zent, in Deutschland 14 Prozent der Beschäftigten in der Automobilindustrie tätig sind und dass sie der dominierende Faktor in der deutschen und in der französischen Wirtschaft, ja, der wichtigste Industriezweig in der Welt ist. Sie sei auch ein Symbol für die deutsch-französische Integration und Kooperation, denn die drei größten deutschen Filialen in Frankreich sind der Automobilbranche zuzurechnen: DaimlerChrysler nimmt hier den zweiten Platz hinter Volkswagen France und vor Bosch France ein und beschäftigt direkt 6 000 Personen an verschiedenen Standorten in Frankreich. Bei 22 000 Personen sorgt die Firma indirekt für Arbeit: einerseits über die Einkäufe, die sie in Frankreich für ihre Produktion in Deutschland tätigt (rund 10 000 Arbeitsplätze), andererseits leben zahlreiche Vertragshändler und andere Handelspartner von dem Unternehmen (rund 12 000 Arbeitsplätze). Reinhard Lyhs ließ jedoch anklingen, dass sich diese für Frankreich günstige Situation künftig ändern könnte, denn auch die Zulieferer suchten sich neue Standorte und müssten nach günstigeren Produktionsstätten Ausschau halten.

### **Gemeinsame Herausforderungen für die „schlechten Schüler“**

Frankreich und Deutschland sind heute die stärksten Volkswirtschaften Europas. Und doch sind beide Länder auch die „kranken Männer Europas“, um den Begriff von *Christian Stoffaës* aufzugreifen, die sich beide kolossalen und häufig identischen Herausforderungen stellen müssen: Mit den höchsten Arbeitslosenquoten (rund 10 Prozent der aktiven Bevölkerung), dem schwächsten Wachstum (weniger als 2 Prozent) und hohen Haushaltsdefiziten verstoßen sie gegen die Regeln des Stabilitätspaktes. Dies wiegt umso schwerer, als die Aussichten nicht günstig sind, denn 2005 dürften sich die Defizite der 3,5-Prozent-Marke nähern, wie René Lasserre unterstrich. Man könne hier noch die Struktur-

reformen hinzufügen, mit denen beide Länder konfrontiert seien, die in Frankreich den Wohlfahrtsstaat, in Deutschland die soziale Marktwirtschaft betreffen. Eckhard Wurzel fügte hinzu, dass weder Frankreich noch Deutschland an der Produktivitätssteigerung partizipiert hätten, die einige nicht-europäische Länder seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erzielen konnten. In Deutschland sei die Produktivität im gleichen Zeitraum sogar zurückgegangen.

Aber neben den von René Lasserre so bezeichneten „großen fundamentalen Faktoren“ gebe es noch beunruhigendere Fragen wie die Wettbewerbsfähigkeit und die labile Beschäftigungssituation in der Industrie. Die Probleme der Wettbewerbsfähigkeit führten auf beiden Seiten des Rheins zu Standortverlagerungen und zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Industrie, sowohl bei den großen als auch bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen, und trügen in gewissem Maße zu einer Desindustrialisierung bei. Verursacht würden diese Verluste an Wettbewerbsfähigkeit durch das Niveau der Produktions- und vor allem der Lohnkosten (und der Höhe der Sozialabgaben) in Frankreich und in Deutschland, auch wenn es Unterschiede zwischen beiden Ländern gebe: So seien in Deutschland die direkten Löhne höher, die indirekten, die Lohnnebenkosten, in Frankreich. Hinzu kämen unterschiedlich starre Vorgaben zur Arbeitszeit, was ihre Begrenzung (auf 35 Stunden in Frankreich) oder die Flexibilität ihrer Handhabung anbelange. Lasserre unterstrich auch die Beziehung zwischen Lohnkosten und Beschäftigungsstruktur in der Industrie: Frankreich verfüge über mehr Arbeitsplätze für geringer Qualifizierte, weshalb hier in den letzten zehn Jahren bessere Ergebnisse bei den Lohnkosten erzielt worden seien. Eckard Wurzel hob auch das Auftreten neuer Akteure auf dem Weltmarkt hervor, der Länder Mittel- und Osteuropas sowie Chinas und der ehemaligen asiatischen Schwellenländer. Zum

ersten Mal böten diese Länder auf dem Weltmarkt Produkte mit hohem technologischem Anteil an. Doch bedeute dies auch eine zusätzliche Nachfrage, und die europäischen Volkswirtschaften sollten in der Lage sein, diese zu befriedigen. All dies sei nicht wirklich neu. Man beobachte das Phänomen schon seit Jahrzehnten, doch hätten die Dinge eine völlig neue Dimension erreicht, seit die Kapitalströme unter anderem dank der Fortschritte in den Kommunikationstechnologien an Mobilität gewonnen hätten. Wenn man heute praktisch durch einen einfachen Tastendruck Kapital in Gebiete umleiten könne, in denen man die Bedingungen für besonders vorteilhaft halte, dann trage dies nicht dazu bei, die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Produktionsstätten zu entschärfen.

### **Faktor Demographie**

Die andere große Herausforderung, der sich beide Länder stellen müssten, sei die demographische Entwicklung, die sich allerdings jeweils mit unterschiedlicher Härte stelle. In Deutschland sei das Problem dringlicher, und es werde in einer ersten Phase den fiskalischen Druck auf die sozialen Sicherungssysteme beträchtlich erhöhen. Späterhin sei mit negativen Folgen für das Wirtschaftswachstum zu rechnen, da die aktive Bevölkerung abnehme. Folglich sei es notwendig, sich dreierlei Ziele zu setzen: Zunächst müssen wir in unseren Volkswirtschaften die Kapazitäten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze erhöhen. Dann muss man sich um Produktivitätssteigerung bemühen, und schließlich, vor allem im Hinblick auf die Überalterung der Bevölkerung, die öffentlichen Finanzen sanieren, das heißt, das Steuersystem konsolidieren, die öffentlichen Defizite und die Verschuldung senken. Die deutsch-französische Zusammenarbeit müsse somit künftig an ihrer Fähigkeit gemessen werden, diese Herausforderungen zu bewältigen.

In diesem Sinne müsse sie an ihre Tradition anknüpfen und eine führende Rolle bei der Festlegung von Regeln, vor allem zum Wettbewerb, in Europa spielen. Die deutsch-französische Kooperation müsse versuchen, einen Rahmen zu schaffen, der es den Unternehmen erlaube, in beiden Ländern und ganz allgemein in Europa in den Wettbewerb einzutreten. Es sei inzwischen eindeutig erwiesen, dass es eine Verbindung zwischen freiem Wettbewerb und den Fähigkeiten der Unternehmen zu Innovationen gebe. Kurz, der freie Wettbewerb ermögliche es den Unternehmen, ihre Ressourcen effizient einzusetzen und ihre Position auf dem Markt zu festigen. Doch obwohl es in Europa einen gemeinsamen Markt gebe, sei in einigen Sektoren nicht alles so, wie es sein sollte, meinte Eckhard Wurzel. Dies gelte für den Dienstleistungssektor, wo es immer noch nationale Vorschriften gebe, beispielsweise bei der Qualifikation oder bei den Registrierungsverfahren. Frankreich und Deutschland könnten sicherlich dazu beitragen, dass auf diesem Gebiet Wettbewerbshindernisse beseitigt werden. Und es gebe weitere Beispiele im Bereich der Telekommunikation, der Post, im Transportwesen, vor allem auf der Schiene, aber auch im Luftverkehr. In diesen Sektoren seien bereits erhebliche Fortschritte bei der Öffnung des Wettbewerbs erzielt worden, doch bleibe noch einiges zu tun, und beide Länder könnten hier ihr ganzes Gewicht innerhalb der Europäischen Union in die Waagschale werfen. Auch müsse man darauf hinwirken, dass künftig die Direktiven der Europäischen Kommission weniger kompliziert gestaltet würden und zugleich die Frage nach deren Nutzen und den dadurch verursachten Kosten gestellt werde. Hier gebe es ein großes Kooperationspotenzial für beide Länder.

Auch im Bereich der Forschung und Entwicklung müssten Frankreich und Deutschland enger zusammenarbeiten und ihr Wissen zusammenführen. Dazu seien gemein-

same Forschungsstrukturen zu schaffen, um zu vermeiden, dass man alles doppelt macht. Was die Geldpolitik anbelangt, so unterstrich Wurzel die Notwendigkeit, die Zinsen auf niedrigem Niveau zu belassen und künftig jede Versuchung, die öffentliche Verschuldung mittels Inflation zu senken, zu unterbinden. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen müsse schnell vor sich gehen. Schließlich sei es wichtig, die Frage nach der Natur der Europäischen Union zu klären: Wollen wir eine Gemeinschaft, die auf Stabilität gründet und auf eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit hinwirkt oder eine Gemeinschaft, die Defizite von 7 oder 8 Prozent hin nimmt? Frankreich und Deutschland könnten auch in diesem Fall das Bild dieser Gemeinschaft mitgestalten.

### **Unterschiedliche Konzepte in der Industriepolitik**

Frankreich und Deutschland hätten sich für diese Herausforderungen jedoch nicht in gleicher Weise gewappnet, und die Antworten, die jedes der beiden Länder finde, gründeten auf unterschiedlichen Traditionen, wie es auch für die Industriepolitik gelte. Ein erster Unterschied zwischen der Industriepolitik in Frankreich und Deutschland besteht nach Ansicht von *Heinrich Lieser* darin, dass sie sich nicht an die gleichen Akteure richte. In seinen Augen verfolgt *Jean-Pierre Raffarin* dieselben Intentionen wie schon *General de Gaulle*, nämlich die großen französischen Gruppen von internationalem Ansehen vorrangig zu behandeln. Mit anderen Worten, die französischen Regierungen hätten es stets verstanden, die Interessen des Staates und der Industrie, vor allem der Großindustrie, miteinander in Einklang zu bringen. In Deutschland dagegen sei ein solcher Interventionismus seitens des Staates lange Zeit unvorstellbar gewesen, ungeachtet der Tatsache, dass der Staat auch Anteile an Unternehmen besitzt oder dass er intervenieren könne,

um Unternehmen zu retten, wie man es vor einigen Jahren im Fall *Holzmann* habe beobachten können. Die deutschen Unternehmen hätten lange Zeit allein dagestanden, doch es scheine, als ob sich die Situation seit einigen Monaten ändere und die Regierung *Schröder* sich dazu entschlossen habe, die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) stärker in den Mittelpunkt ihrer Industriepolitik zu rücken. Es gebe in Deutschland bereits eine ganze Reihe von Außenhandelsinstrumenten, die vor allem den KMU nützen sollen (wie Kredite und spezielle Hilfsprogramme, Unterstützung bei der Teilnahme an Messen und Ausstellungen oder die Einsetzung von Beauftragten für die KMU). In Frankreich dagegen konzentriere man sich weiterhin auf die großen Gruppen und vernachlässige die kleinen und mittelständischen Firmen. Die unterschiedlichen Konzeptionen in der Industriepolitik seien somit auch an den verschiedenen Praktiken zur Unterstützung der Wirtschaft ablesbar.

Dieser französische Partikularismus wurde auch von *Reinhard Lyhs* unterstrichen, für den das französische Modell der Industriepolitik, das auf einer vollständigen Durchdringung zwischen politischen Kreisen, öffentlichem Dienst und großen Unternehmen beruhe, nicht auf Deutschland übertragen werden kann. Während es in Deutschland eher selten sei, dass man abwechselnd in der Politik und in der Industrie Karriere mache, sei dies in Frankreich durchaus üblich. Diese enge Durchdringung und die daraus resultierende ständige Kommunikation zwischen den verschiedenen Netzen gewährleiste eine wesentlich bessere Kenntnis vom Anderen als in Deutschland und ermögliche es, schneller Lösungen für die auftretenden Probleme zu finden. *Lyhs* sieht darin einen „informellen französischen Zentralismus“, der häufig der Industriepolitik des französischen Staates Impulse gebe. Er beklagte, dass in Deutschland die Verbindungen zwischen Politik und Industrie weniger eng seien. So komme es,



dass die Probleme deutscher Unternehmen, wie Fusionen, Übernahmen oder andere polemische Themen (Sanofi, Siemens, EADS) bei den politischen Kreisen in Deutschland immer noch auf Überraschung stießen – auch wenn in jüngster Zeit ein verstärktes Interesse der Regierung für die Unternehmen zu beobachten sei. Die heterogenen Werdegänge der Chefs der großen Unternehmen in Deutschland hätten gewiss damit zu tun. Anders als in Frankreich durchliefen sie nicht alle denselben Weg, vor allem in der Hochschulbildung, und nach Abschluss des Studiums bleibe ein deutscher Unternehmenschef eher selten seinem universitären Netz (Vereinigung der Ehemaligen etc.) verbunden. Dies sollte jedoch die deutsche Regierung nicht daran hindern, eine deutlich offensivere Politik für ihre Unternehmen in Deutschland und im Ausland zu betreiben.

Als Vertreter von DaimlerChrysler, der größten Gruppe in der Eurozone mit weltweit 385 000 Beschäftigten und einem Umsatz von 145 Milliarden Euro, erwartet Reinhard Lyhs von der Politik viel. Er erinnerte daran, dass die Automobilindustrie in Frankreich wie in Deutschland stark von der Industriepolitik abhängt und dass Erfolge und Misserfolge der Automobilindustrie direkt auf die wirtschaftliche Konjunktur überspringen. Er unterstrich aber auch die unterschiedlichen Erwartungen an die Industriepolitik: Seiner Ansicht nach steht in Deutschland derzeit die Wettbewerbsfähigkeit als Produktionsstandort im Mittelpunkt der aktuellen Debatte, während man sich in Frankreich mehr mit der Schwäche der Investitionen in Zukunftstechnologien beschäftige, die man zu den größten Herausforderungen zähle. Als Beweis dafür wies er auf die Ankündigung Chiracs hin, eine Behörde für industrielle Innovation zu gründen. Lyhs erklärte dies damit, dass der wirtschaftliche Kontext derzeit weniger stark auf den französischen Unternehmen laste, als dies in Deutschland der Fall sei, wofür es vier Gründe gebe:

1) Die Kosten für eine Arbeitsstunde sind in der deutschen Industrie um 20 Prozent höher als in Frankreich. In der Automobilindustrie liegen sie sogar um 50 Prozent darüber. Besonders eklatant sind die deutsch-französischen Unterschiede bei den Kosten für einen Arbeiter, wobei deutsche Arbeiter deutlich besser bezahlt werden. Dieses Problem der Lohnkosten wird noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, dass der Anteil der Arbeiter an den deutschen Beschäftigten in der Automobilindustrie bei 75 Prozent liegt, gegenüber 65 Prozent in Frankreich.

2) Die Unterschiede der Arbeitskosten im Vergleich zu den Nachbarländern schaffen für Deutschland größere Probleme. Frankreich leidet unter dieser Situation weniger, da keine direkte Nachbarschaft zu den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Union im Osten besteht. Dagegen ist die Lage Polens und der Tschechischen Republik an der deutschen Grenze Anreiz für die deutschen Unternehmen, ihren Standort zu verlagern, zumal die räumliche Nähe dies um so leichter macht. Es ist in der Tat sehr einfach, die osteuropäischen Betriebe in das Produktionsnetz der deutschen Unternehmen zu integrieren, von den Vorteilen der osteuropäischen Logistik ganz zu schweigen, wo deutlich preiswertere Transportunternehmen zur Verfügung stehen. Lyhs warnte jedoch vor der irrtümlichen Vorstellung einer Gefahr für die deutsche, französische oder gar europäische Automobilindustrie: Diese werde nicht aus dem Osten kommen, allenfalls kurzfristig, wobei durchaus zu berücksichtigen sei, dass dort die Produktionskapazitäten erhöht und bald drei Millionen Fahrzeuge hergestellt würden. Auf mittlere und lange Sicht müsse man aber viel stärker die chinesische und koreanische Konkurrenz und die zehn Millionen zusätzlicher Fahrzeuge fürchten, die in deren Fabriken produziert werden, zumal in den nächsten zehn oder 20 Jahren mit keinem Anstieg der weltweiten Nachfrage zu rechnen sei.

3) Die Schwäche des Dollar ist besonders nachteilig, wenn man berücksichtigt, dass Deutschland der größte europäische Exporteur in die Vereinigten Staaten ist. Nach Ansicht von Lyhs darf man sich nicht auf den Rekord-Außenhandelsüberschuss, den Deutschland 2004 mit dem Export erzielte, verlassen. Die großen deutschen Automarken setzen etwa 20 Prozent ihrer Produktion in den Vereinigten Staaten ab, und es ist unbestritten, dass der derzeitige Wechselkurs (schwacher Dollar – starker Euro) für sie dermaßen ungünstig ist, dass er die positiven Auswirkungen, die aus den Standortveränderungen von vor acht Jahren resultierten, zunichte macht.

4) Das demographische Problem stellt sich in Frankreich mit geringerer Schärfe als in Deutschland. Daher wird dort die Notwendigkeit, die Finanzierung der Sozialsysteme zu reformieren, weniger dringlich empfunden als in Deutschland.

Für Lyhs ist es unumgänglich, einen europäischen Kompromiss zu finden zwischen dem französischen Interventionismus, der zuweilen etwas überzogen sei, und dem Desinteresse der deutschen politischen Kreise an den Unternehmen. Dieser Kompromiss hätte alle Vorteile einer gezielten Industriepolitik, doch würde er sich zugleich davor hüten, die lebendigen Kräfte der Wirtschaft in Fesseln zu legen. Lyhs wandte sich daher mit folgendem Appell an die Politik: Was die Unternehmen brauchen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, sind tiefgreifende strukturelle Reformen. Man sollte stärker auf die Rolle der besten Unternehmen achten, vor allem auf die Hebelwirkung, die sie für die gesamte Wirtschaft erzielen, und vermeiden, deren Tätigkeit mit wettbewerbsrechtlichen Erwägungen zu behindern. Die europäische Wirtschaft brauche einen Außenhandel, der die Interessen der Unternehmen stärker berücksichtige und so deren Wettbewerbsfähigkeit sicherstelle. Lyhs lenkte die Aufmerksamkeit noch auf einen weiteren Punkt, den er als einziger ansprach, näm-

lich den Aspekt der Kommunikation. Er unterstrich, dass das Hauptproblem im Alltag für große ebenso wie für mittelständische und kleine Unternehmen, die am deutsch-französischen Handel teilnehmen, in der Kommunikation bestehe. Die Unternehmen litten darunter, dass die jungen Beschäftigten gewisse Defizite aufwiesen, wenn es um Kenntnisse der Sprache des Wirtschaftspartners gehe. Aus diesem Grund müsse eine Industriepolitik heute mehr sein als nur eine Politik der wirtschaftlichen Unterstützung, der Subvention oder der Intervention. Sie müsse die sprachliche Dimension integrieren, was bedeute, dass sie auch die Politik der Bildung und Forschung in weiterem Sinne miteinschließt. Die Sprachkompetenz der jüngeren Generation müsse an vorderster Stelle einer jeden Politik der wirtschaftlichen und industriellen Zusammenarbeit stehen.

### **Eine insgesamt leistungsfähigere deutsche Wirtschaft**

Der französische Zentralismus, an den die französische Industriepolitik (mit ihren Großprojekten) anzuknüpfen scheint, wenn man die Dimension des öffentlichen Sektors und seine Kapazität als Impulsgeber für neue Dynamiken bedenkt, erklärt nach Ansicht von René Lasserre jedoch zugleich, warum es in Frankreich so schwierig ist, die verschiedenen Akteure zu mobilisieren. Damit stelle sich die Frage nach sozialen Reformen, – eine besonders beunruhigende Frage, da die Last des Sozialstaates auf eine immer schmäler werdende Basis von Beschäftigten verteilt werde, so dass die aktive Bevölkerung und damit die Wirtschaftsaktivität bestraft werde. Deutschland betreibe eine offensive Reformpolitik (Hartz-Gesetze), während sich Frankreich im Rückstand befinde, zum Teil deshalb, weil man Schwierigkeiten habe, einen Konsens zu finden. Deutschland gelinge es offenbar besser, seine sozialen Kräfte zu mobilisieren, um die Wettbewerbsfähigkeit der

Industriegruppen durch eine Rationalisierung des Produktionsapparates wieder herzustellen. In Frankreich sei die Abstimmung zwischen den sozialen Akteuren blockiert, wovon die Polemik um das Projekt zur Ausrichtung der Forschung zeuge.

Reinhard Lyhs äußerte sich ebenfalls explizit in diesem Sinn und betonte die Bedeutung des Dialogs zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen in Deutschland. Er nannte das Beispiel der Maßnahmen, die in den letzten sechs Monaten in den Unternehmen DaimlerChrysler, Bosch und Volkswagen beschlossen und umgesetzt wurden und die seiner Überzeugung nach Auswirkungen auf nationaler Ebene zeigen und in der gesamten deutschen Industrie Initiativen hervorrufen dürften. Das zwischen der Unternehmensführung von DaimlerChrysler und dem Betriebsrat vereinbarte Abkommen habe zum Ziel, auf lange Sicht die deutschen Arbeitsplätze der Gruppe zu erhalten („Zukunftssicherung 2012“). Dies müsse durch die Herstellung von Nachfolgeprodukten vor Ort und neue Investitionen erreicht werden. Als Gegenleistung für diese Verpflichtung seitens der Firmenleitung hätten Gewerkschaften und Betriebsrat ein Abkommen über eine höhere Arbeitsflexibilität unterzeichnet, das längere Arbeitszeiten erlaubt und zu einer Vereinheitlichung des Lohn- und Gehaltssystems in allen Betrieben der Gruppe unter Abschaffung der verschiedenen Sondervereinbarungen führen soll. Die Vereinbarung gesteht der Firmenleitung auch großen Spielraum zu, um Beschäftigte bei Bedarf verschiedenen Produktionsstätten zuzuweisen, was die Flexibilität des Unternehmens erheblich erhöhe und zum Erhalt der Arbeitsplätze in Deutschland beitragen werde. Die Firmenleitung habe sich auch zur Beteiligung an der Ausbildung verpflichtet, um so auf lange Sicht die Rekrutierung junger Arbeitnehmer sicherzustellen. So werde das Unternehmen in diesem Jahr 2 600 zusätzliche Auszubildende einstellen.

Lyhs zitierte auch den Fall Siemens, wo der Betriebsrat die Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich akzeptierte, um eine Standortverlagerung zu vermeiden. Er bedauerte folglich, dass die kürzlich von deutschen Unternehmen in Frankreich vorgebrachten Maßnahmen zur Steigerung ihrer Effizienz und zur Überlebenssicherung der Standorte von den politischen Kreisen in Frankreich etwas voreilig kritisiert wurden. Sie hätten damit die einmalige Gelegenheit verpasst, eine Diskussion mit Sozialpartnern und Beschäftigten über eine wirkliche Flexibilisierung der Arbeitszeit und eine Modernisierung der Sozialsysteme zu eröffnen.

Aber der Erfolg des sozialen Dialogs erklärt nicht alles. Nach Ansicht von René Lasserre sind auch die Dezentralisierung, der deutsche Föderalismus und die Territorialisierung der Innovationspolitik effizienter, weil sie eine weitreichendere Politik der Partnerschaft mit der Industrie ermöglichten. Selbst auf diesem Gebiet sei nun Frankreich ins Hintertreffen geraten, und diese Frage gebe immer wieder Anlass zu Polemiken, vor allem, wenn es um die Zuweisung von Zuständigkeiten gehe. Was die Schaffung von Arbeitsplätzen anbelange, so litten beide Länder an einem gemeinsamen Übel, jedoch in unterschiedlichem Schweregrad. Ihre Innovationsleistung sei unzulänglich, wenn man sie mit den konkurrenzfähigsten Ländern auf diesem Gebiet (Japan, USA) vergleiche. Allerdings gebe es neben diesen Konvergenzen auch wichtige Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland. So wies Lasserre weiter darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft fruchtbare Anstrengungen im Bereich der Forschung und Entwicklung unternommen habe, wo die Aufwendungen 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betrügen, was auf europäischem, selbst auf weltweitem Niveau ein gutes Ergebnis bleibe. Die Zahl der innovativen Unternehmen sei in Deutschland etwa doppelt so groß wie in Frankreich. Reinhard Lyhs fügte hinzu, dass die französischen

Unternehmen eher zurückhaltend seien, wenn es um private Investitionen in Forschung und Entwicklung gehe, und sie zum Teil die Ansicht verträten, dass dies Auftrag des Staates sei. Frankreich habe dadurch in zahlreichen Sektoren Marktanteile verloren und weise heute keinerlei Handelsüberschuss mehr aus. Unter den 700 wichtigsten Technologiefirmen der Welt finde man 38 Prozent amerikanische, 22 Prozent japanische, 12 Prozent deutsche und nur 6,5 Prozent französische Unternehmen. Auch in diesem Punkt sei die deutsche Wirtschaft doppelt so gut wie die französische. Die drei größten Investoren in Forschung und Entwicklung in Europa seien alle deutsch: DaimlerChrysler nehme mit einem Budget von 5,6 Milliarden Euro den ersten Platz ein, gefolgt von Siemens und Volkswagen mit jeweils 5,5 Milliarden Euro.

Frankreich ist sich dieses Rückstands und auch der Gefahr, die davon für den künftigen Erhalt von Arbeitsplätzen ausgeht, bewusst geworden. Dies erklärt nach Ansicht von Lyhs auch, warum man diese Frage als wichtigste Herausforderung der französischen Industriepolitik betrachtet. Dagegen erhofften sich die deutschen Unternehmen eine Flexibilisierung der Regeln am Arbeitsmarkt, damit für ihre Industrien die Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt werde.

René Lasserre erinnerte daran, dass sich die deutsche und die französische Wirtschaft in den 1980er und 1990er Jahren durchaus angenähert hätten, während heute eher die Differenzen, die unterschiedliche Leistungsfähigkeit dominierten. Für ihn bleibt das Potenzial der französischen Industrie anfälliger, da es heterogener und weniger beständig sei, auch wenn er den deutschen Industrieapparat für etwas überdimensioniert hält. Darin bestehe ein weiterer Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland. Deutschland gelinge es im Allgemeinen besser, die Beschäftigung in der Industrie zu sichern, während Frankreich seit 2001 jedes Jahr un-

gefähr 2 Prozent der Arbeitsplätze in der Industrie verliere (2004 waren es 2,7 Prozent, und damit 36 000 Arbeitsplätze). Die Überdimensionierung des deutschen Industrieapparates sei in der Tat nicht notwendigerweise ein Nachteil, wenn man die internationale Öffnung der deutschen Industrie berücksichtige (ein Drittel des Bruttosozialprodukts und mehr als die Hälfte des Umsatzes in der Industrie werden mit dem Export erzielt). Diese deutsche Abhängigkeit vom Ausland werde in einen Vorteil umgemünzt, denn sie rege zu Leistungsfähigkeit und Modernisierung an. Man könne übrigens feststellen, dass die Absatzkanäle für den deutschen Export viel diversifizierter seien und dass die deutsche Industrie auf den Märkten in Nordamerika und in den aufstrebenden Ländern stärker präsent sei als die französische.

Der größte Unterschied bestehe letztlich im Grad der Globalisierung der Produktionsaktivitäten. Die Investitionspolitik der deutschen Industrie im Ausland sei sehr dynamisch, denn sie erziele zuweilen einen größeren Umsatz in den ausländischen Filialen als über den Export (so in der Maschinenbauindustrie). Ganz zu schweigen von der Höhe der Investitionen der deutschen Industrie im Ausland, die ein Drittel der Direktinvestitionen seit Mitte der 1990er Jahre darstellten. Für Lasserre hat die Politik der Standortverlagerung in Frankreich und Deutschland nicht den gleichen Sinn. Aus deutscher Sicht sei diese Politik ein offensiver Vorgang, der Marktanteile sichern, ja erhöhen solle, was auch oft gelungen sei. Die Standortverlagerung nach deutschem Prinzip könne auch zur Einführung einer neuen Art von Arbeitsteilung dienen, wobei der harte Kern der Aktivitäten auf nationalem Gebiet sichergestellt werde und eher die wenig einträglichen Aktivitäten oder jene mit hohen Arbeitskosten verlagert würden. Diese Strategie werde besser akzeptiert und gemeistert und begünstige zugleich eine positivere Haltung gegenüber der internationalen Konkurrenzsituation.

# Sicherheit und Verteidigung

## Welche Politik für Frankreich und Deutschland?

DANIELA HEIMERL\*

Sicherheit und Verteidigung gehören zu den grundlegenden Bereichen, in denen die Europäische Union solide und nachhaltige Konzepte braucht, damit ihre Handlungskapazitäten sichergestellt werden. Die geopolitischen Umwälzungen von 1989 und der 1990er Jahre legen eine einfache Feststellung nahe: Sicherheit und Verteidigung befinden sich im Kern des europäischen Projektes und sind unlösbar mit der Vision eines politischen Europas verbunden.

Daniel Vernet eröffnete die Debatte des vierten Panels mit zwei Beobachtungen, die während der ganzen Sektion immer wieder auftauchten: Er erinnert zunächst ganz allgemein daran, dass die konzeptionelle und institutionelle Architektur der Sicherheit und Verteidigung in der Europäischen Verfassung enthalten ist und dies das Ergebnis eines langen Nachdenkens war. Dieser Rahmen soll es den Europäern künftig erlauben, mit Glaubwürdigkeit als internationaler Akteur handeln zu können und sich auf die Lösung konkreter politischer Probleme zu konzentrieren, ob es nun um transatlantische Beziehungen, um die Situation im Mittleren Osten, im

Irak oder Iran oder um die Beziehungen zu Russland geht.

Mit seiner zweiten Beobachtung hob Daniel Vernet die sehr deutliche Annäherung zwischen der französischen und der deutschen Position und deren gemeinsame Initiativen zur Gestaltung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) hervor, die er in den Zusammenhang mit den Folgen der Irak-Krise stellte. Er nahm dabei Bezug auf die klare Ablehnung der deutschen Regierung, die Vereinigten Staaten diplomatisch oder militärisch im Krieg gegen das Regime von Saddam Hussein zu unterstützen, und verwies auf die „identische Sichtweise“ von Paris und Berlin, nicht nur in der Ablehnung des Krieges, sondern hinsichtlich dieses gesamten Themenkomplexes der internationalen Politik. Dies sei eine Premiere in der Beziehung zwischen beiden Ländern, und die Kooperation zwischen den beiden Hauptstädten habe damit eine noch nie da gewesene Intensität erreicht. Zugleich stelle sich die Frage, ob dieses bilaterale deutsch-französische Handeln

---

\* Daniela Heimerl ist Redakteurin bei „Le Courrier des pays de l'Est“, la Documentation française, Paris. Die Zusammenfassung des dritten Panels berücksichtigt die Beiträge von Christoph Bertram, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Robert Cooper, Generaldirektor für Außenwirtschaftliche Beziehungen und Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Rat der Europäischen Union, Pierre Lévy, Direktor des Centre d'Analyse et de Prévision im französischen Außenministerium, sowie Daniel Vernet, Direktor des Ressorts Internationale Beziehungen der Zeitung „Le Monde“.

von Dauer sein wird und inwiefern es auf die gesamte Europäische Union Einfluss hat beziehungsweise inwiefern es seine Legitimität als Sonderbeziehung im Europa der 25 künftig aufrechterhalten können wird.

### **Fortschritte auf konzeptueller und operationeller Ebene**

Die Schaffung Europas wird unvollendet bleiben, solange sie Sicherheit und Verteidigung nicht mit einschließt. Denn dies ist letztlich ein Schlüsselbereich für die Zukunft der Europäischen Union. Dazu müssen sich die Dimension der Institutionen, der politische Wille und leistungsfähige operationelle Mechanismen in einem stabilen Gleichgewicht befinden. Die beiden Gründungsmitglieder der Europäischen Integration „à la Monnet“ haben sich dafür im Übrigen sehr frühzeitig eingesetzt. Pierre Lévy erklärte dies in einer kurzen Bilanz. So sind die Verteidigungsfragen bereits im Élysée-Vertrag von 1963 präsent. Mit dem Protokoll von 1988 wurde der deutsch-französische Rat für Sicherheit und Verteidigung geschaffen, der regelmäßige Treffen zwischen den Verteidigungsministern und den Außenministern institutionalisierte. Darüber hinaus enthält das gemeinsame deutsch-französische Konzept zur Sicherheit und Verteidigung, das 1996 verabschiedet wurde, bereits interessante Elemente, vor allem in Bezug auf die Bekämpfung der Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen. So ist das bisher Erreichte gewiss bedeutsam, doch welches ist der neuere Beitrag des deutsch-französischen Tandems auf dieser europäischen Baustelle? Spielen sie die Rolle des viel zitierten „Motors“ in diesem Projekt? Für Lévy war das Engagement beider Länder „entscheidend“, das anschaulich verdeutlichte, auf welche Art und Weise „wir uns in die europäische Maschinerie einklinken müssen, um die Union voranzubringen“.

Er unterstrich zunächst in konzeptioneller Hinsicht die intensive deutsch-französi-

sche Arbeit für den Europäischen Konvent mit einem sehr substanziellen Vorschlag zu Entsendungen von Truppen, verstärkten Kooperationen sowie zu den militärischen Fähigkeiten und der Politik im Rüstungsbereich. Für Lévy spiegelt der endgültige Text des Konvents die deutsch-französische Inspiration im Bereich Sicherheit und Verteidigung wider, auch wenn die konkreten Vorschläge erst nach größeren Veränderungen in das Projekt des Verfassungsvertrags übertragen werden konnten. Frankreich und Deutschland hätten ihm dennoch einen gewissen Geist eingehaucht, vor allem in drei Bereichen. So vermittele das Dokument einen höheren „Grad der Solidarität“ zwischen den Europäern, da hier zum ersten Mal eine eigene militärische Solidarität der Mitgliedstaaten bestätigt werde, die sich vom atlantischen Band unterscheidet, auch wenn präzisiert werde, dass für die Mitgliedsländer der NATO diese Organisation die Grundlage ihrer kollektiven Verteidigung und die Instanz ihrer Umsetzung bleibe. Das Dokument enthalte auch einen „Grad des Vertrauens“ zwischen den Europäern, der die progressive Annahme der Idee widerspiegeln sollte, dass das Europa von morgen aus „Flexibilitäten“ bestehen werde, womit vor allem verstärkte Zusammenarbeiten und strukturierte Zusammenarbeiten gemeint seien. Schließlich gehe aus ihm ein neuer „Grad der Kohärenz und der Sichtbarkeit“ hervor, da nun der Posten des Außenministers der Europäischen Union geschaffen und mit einem europäischen diplomatischen Dienst ausgestattet werden solle.

In einem zweiten Punkt nannte Lévy die Fortschritte auf der operationellen Ebene. Er unterstrich die Vorreiterrolle der deutsch-französischen Brigade und des Eurokorps, die derzeit in Afghanistan im Einsatz sind. Er erinnerte auch daran, dass die deutsch-französische Brigade zum künftigen binationalen Kern taktischer Gruppierungen werden solle, was eine völlig neue Idee sei.

Parallel zu diesem bilateralen Elan, mit dem Paris und Berlin versuchten, der Europäischen Union allen Nutzen aus dem deutsch-französischen Kapital zukommen zu lassen, das in den letzten Jahrzehnten erworben werden konnte, stellte *Pierre Lévy* noch eine weitere Dynamik fest, nämlich die Entstehung von Kooperationen und Initiativen, die auf mehrere Mitgliedstaaten erweitert werden. Er nannte unter anderem den Gipfel vom 29. April 2003, an dem Deutschland, Belgien, Frankreich und Luxemburg über die „stark symbolträchtige Frage eines europäischen Generalstabs“ verhandelten. Von einigen Beobachtern sei er im Kontext des Irak-Konflikts als eine „Neuaufgabe der Ablehnungsfront des Kriegs“ kritisiert worden, doch seien die Vorschläge dieses Treffens unter der italienischen EU-Präsidentschaft (Juli bis Dezember 2003) wieder in den „gemeinsamen Topf“ geworfen und damit die europäische Fähigkeit zur Planung und Durchführung von Operationen verstärkt worden. *Xavier Solana* habe diese Initiative im Übrigen weiterentwickelt, indem er die Idee vorbrachte, Anfang 2006 die drei Teile des Abkommens umzusetzen mit einer zivilmilitärischen Zelle beim Generalstab der Europäischen Union, einer kleinen europäischen Zelle und Vereinbarungen zur Anbindung an den europäischen Generalstab. Der Vorschlag, taktische Einheiten zusammenzustellen, die auf Anforderung der Vereinten Nationen zur Beilegung internationaler Krisen ausgesandt werden könnten, sei ein weiterer interessanter Vorschlag und ein Beispiel für die Zusammenarbeit zu dritt. Dieser Initiative, die zunächst von Frankreich und Großbritannien ausgegangen sei, habe sich Deutschland auf Bitten Frankreichs hin umgehend angeschlossen.

Insgesamt hätten Frankreich und Deutschland 2003/2004 eine bedeutende Rolle bei der Flexibilisierung der Entscheidungsmechanismen gespielt (der Kernpunkt der Vorschläge, die Paris und Berlin dem Europäi-

schen Konvent gemeinsam vorlegten, sei der Wille, die Entscheidungsmechanismen zu flexibilisieren und dies in einer dezidiert gemeinschaftlichen Vorgehensweise). Gleiches gelte für die Entwicklung der Infrastruktur und der Fähigkeiten der ESVP, wozu die Idee einer europäischen Rüstungsagentur, die Einrichtung einer kollektiven Fähigkeit für die Planung und Durchführung militärischer Operationen der EU und der Vorschlag zur Schaffung von taktischen Einheiten gehöre. Dagegen falle es schwer, bei einem globaleren Blick auf den Sicherheitsbereich, der nach Ansicht von *Lévy* im gemeinsamen deutsch-französischen Konzept zur Sicherheit und Verteidigung von 1996 wurzelt, den konkreten Einfluss des deutsch-französischen Duos auf die Entwicklung der europäischen Verteidigungsstrategie einzuschätzen, auch wenn bilaterale Faktoren die Vereinbarung begünstigten. Trotz eines beträchtlichen Fortschritts in der Sicherheit und Verteidigung sei es für Frankreich und Deutschland schwierig, ihren Platz als Tandem in einer auf 25 erweiterten Union zu finden, eine Schwierigkeit, die durch die während des Irak-Konflikts aufgetretenen Spaltungen innerhalb der Europäischen Union noch vergrößert werde. Die Opposition zwischen einem „alten“ europäischen Europa und einem „neuen“ transatlantischen Europa sei nur ein Spiegel für die bedeutenden strategischen Divergenzen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

### **Trilateralisierung des Tandems: Die Irak-Krise als Zäsur?**

Die europäische Trägheit Frankreichs und Deutschlands, die seit dem Ende der 1990er Jahre bis zum Herbst 2002 herrschte, hat inzwischen einer echten bilateralen Dynamik Platz gemacht, die bei den Partnern die Furcht vor einem deutsch-französischen Direktorium entstehen ließ. Dieses Gefühl unterstrich *Robert Cooper*, als er daran erinnerte,

dass in Großbritannien die Zeiten noch nicht so weit zurückliegen, da man in der Bevölkerung dachte, dass das deutsch-französische Tandem erfunden wurde, um Europa zu dominieren. In Wahrheit ist seiner Ansicht nach das Gegenteil der Fall: „Das deutsch-französische Tandem wurde nicht erfunden, damit die Europäische Union funktioniert, vielmehr wurde die Europäische Union geschaffen, damit die deutsch-französischen Beziehungen gut laufen.“

Hierfür ist jedoch ein Preis zu zahlen. Robert Cooper verwies auf zwei mit der Irak-Krise verbundene Aspekte, die ihn besonders erstaunten: Erstens, so sagte er, sei in der allgemeinen Wahrnehmung auf der internationalen Szene und im Ausland „Europa immer gleich Frankreich und Deutschland“, ungeachtet der Tatsache, dass es auch andere große Staaten gibt. Er führte als Beispiel die amerikanische Presse an, die bei ihrer Kritik an der europäischen Position in der Irak-Frage übersah, dass sich die Mehrheit der europäischen Regierungen während der Krise auf die Seite der Amerikaner gestellt hatte. Zum zweiten war die Irak-Krise seiner Ansicht nach eine wirkliche Krise in dem Sinne, dass sie Europa spaltete: einerseits sei Europa, und zwar der Mittelpunkt Europas, immer noch Frankreich und Deutschland. Doch andererseits existiere inzwischen auch ein Europa, das eine andere Bedeutung verkörpere, ein Europa, das größer sei und innerhalb dessen dieser Mittelpunkt vergleichsweise sehr klein sei.

So habe sich das Gleichgewicht innerhalb der Europäischen Union in der Tat verändert. Die bilaterale deutsch-französische Sonderbeziehung sehe sich wie einst mit einem Paradox konfrontiert. Man werfe ihr entweder vor, im gemeinschaftlichen Handeln zu passiv zu sein oder aber, eine exklusive Haltung einnehmen zu wollen. Im erweiterten Europa werde der deutsch-französische Bilateralismus von den Partnern aufmerksam beobachtet. Genügend Beispiele aus jüngerer Zeit

zeigten, dass Frankreich und Deutschland nicht damit rechnen könnten, dass die Partner sich automatisch ihren Initiativen anschließen. Die heftige Debatte, die im Kontext des Irak-Krieges über die Rolle der Europäischen Union in der Außenpolitik, vor allem über die Entscheidung zwischen Multipolarität und Multilateralismus geführt worden sei, habe nicht nur die Kritiken gegenüber dem deutsch-französischen Tandem deutlich hervortreten lassen; zugleich habe dabei auch eine Mehrheit von Ländern der Europäischen Union ihren Willen zum Ausdruck gebracht, den Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) in Grenzen zu halten, um den Zusammenhalt des atlantischen Bündnisses nicht zu gefährden. So hätten sich innerhalb der EU letztlich zwei politische Strategien gegenübergestellt: Die britische Politik wollte Einfluss auf die Vereinigten Staaten nehmen, indem sie sich deren Politik anschloss, während Frankreich und Deutschland diese mittels der Konfrontation zu kontrollieren versuchten. Beides hätte funktionieren können, wenn Europa in seiner Gesamtheit sich die eine oder andere Politik zu eigen gemacht hätte. Die Verfolgung zweier politischer Linien dagegen führte zum Misserfolg.

Doch trotz der Schwierigkeiten, sich auf eine gemeinsame Position gegenüber dem Irak zu verständigen, wurde damit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik keineswegs die Totenglocke geläutet. Robert Cooper erwähnte hier besonders das Engagement der EU im Iran, das eine natürliche Konsequenz aus dem Scheitern im Irak war, aber auch die positive Haltung gegenüber der Türkei mit der Entscheidung des Europäischen Rats vom Dezember 2004, mit diesem Land im Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Hinsichtlich der Entwicklungen in der Zeit nach der Irak-Krise fragte sich Cooper, in welchem Maße diese als tri-



oder bilateral bezeichnet werden können. Es könnte sich hier in gewisser Weise um eine „2+1“-Konstellation handeln, denn aus seiner täglichen Erfahrung im Rat heraus wisse er, dass Paris und Berlin sich stets darum bemühten, jeweils ihre gegenseitigen Positionen zu berücksichtigen, diese nicht verwässern zu lassen und gegenseitige Toleranz zu üben.

Es sei in der Tat schwierig, eine Konvergenz an Ideen und Interessen zu finden, die den Grad an Stabilität und eine symbolische Kraft besitzen, die mit jener des deutsch-französischen Duos zu vergleichen wären. In dieser Hinsicht unterstrich Cooper, dass in einem Europa der 25 eine Art Leadership durchaus erforderlich sei, um dessen gutes Funktionieren sicherzustellen. Man müsse sich jedoch überlegen, unter welchen Bedingungen dieses Duo an seine frühere Leistungsfähigkeit anknüpfen könne. Cooper plädierte für einen informellen „Kern“, worin das deutsch-französische Tandem den „Kern des Kerns“ darstellen sollte, dem sich andere anschließen könnten. Frankreich und Deutschland würden so ihre bilateralen Beziehungen für flexible Kooperationen öffnen, die sich nicht um eine feste Gruppe von Mitgliedern gruppieren und nicht immer für alle Bereiche gelten würden. Vielmehr wären solche Gruppierungen jeweils von dem betreffenden Politikbereich abhängig, es würden sich unterschiedliche Partnerschaften ergeben, wobei die systematische Anwesenheit von Paris und Berlin als roter Faden dienen würde. Sofern Frankreich und Deutschland wie in der Vergangenheit auf die Interessen der gesamten Europäischen Union Rücksicht nähmen, habe der „deutsch-französische Motor“ noch eine gute Zeit vor sich. Nach Pierre Lévy „muss man ohne Komplexe die Rolle des deutsch-französischen Tandems akzeptieren. Von der Geschichte wird uns Verantwortung auferlegt. Es werden uns auch Pflichten auferlegt, und es ist wohl bekannt, dass die deutsch-französischen Positionen, vor allem

in Fragen der GASP und ESVP, oft Standpunkte des Ausgleichs sind“.

Sicherheit und Verteidigung seien Themen, bei denen es häufig um Überlegungen zu institutionellen, konzeptuellen, kapazitären und operationellen Fragen gehe. Dennoch spielten hier noch weitere Elemente eine Rolle. Es sei interessant, dass in diesem Punkt die europäische öffentliche Meinung eine aktivere GASP und ESVP wünsche, wie Lévy unterstrich. Laut Umfragen sprechen sich die Bürger zugunsten eines auf der internationalen Szene stärker engagierten Europas aus, eine Dimension, die man in den Diskussionen nicht unterschätzen sollte. In diesem Zusammenhang sollte man auch den Anmerkungen von Christoph Bertram besondere Aufmerksamkeit schenken. Er betonte, dass die Differenzen, von der die französischen und deutschen nationalen Strategien gekennzeichnet waren, nach und nach verschwinden würden. Beide Länder hätten in dieser Hinsicht tatsächlich spektakuläre Wendungen vollzogen: Frankreich habe die Berufsarmee eingeführt, wobei es seine Entsendungskapazitäten verstärkte und schließlich erklärte, dass seine Sicherheit vor allem außerhalb des nationalen und europäischen Territoriums sichergestellt werden müsse. In Deutschland sei man noch nicht so weit gegangen. Der endgültige Verzicht auf die Priorität der nationalen Verteidigung zugunsten der Entsendung von Kräften außerhalb des europäischen Territoriums oder der NATO bedeute jedoch eine grundsätzliche Veränderung der deutschen strategischen Prinzipien. Die deutsche Bevölkerung sei nicht mehr beunruhigt, wenn der Verteidigungsminister Peter Struck öffentlich erkläre, dass die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland auch am Hindukusch verteidigt werden müsse (5. Dezember 2002). Sie sei auch nicht mehr beunruhigt, wenn sie Überlegungen zu einer deutschen Sicherheitspolitik in Afrika hört. Das seien tatsächlich radikale Veränderungen. So übe Frankreich, was die Strategie an-

belange, zumindest indirekt Einfluss auf seinen Partner jenseits des Rheins aus, und Berlin dränge Paris in Richtung eines Beginns der Vergemeinschaftung der GASP. Gewiss seien die Anfänge bescheiden. Doch sie ließen immerhin eine Entwicklung der französischen Politik im Bereich Sicherheit und Verteidigung erkennen.

Christoph Bertram hielt hier einen positiven Punkt fest, indem er auf eine echte Annäherung zwischen dem strategischen Denken in Paris und Berlin verwies. Allerdings ist seine Bilanz eher negativ, wenn es darum geht, was die Deutschen und Franzosen konkret daraus gemacht haben, wobei er darauf abhob, dass sie ihren gemeinsamen Positionen bei den Partnern keine Geltung zu verschaffen vermochten. Die umstrittene Einrichtung einer kollektiven Fähigkeit zur Planung und Durchführung militärischer Operationen, die von der NATO unabhängig wäre, hält er für eine „eigenartige Pirouette“. Dennoch werde dies häufig als ein europäischer Erfolg betrachtet, der den Willen Frankreichs und Deutschlands zur Austragung eines Konflikts, der sie in Opposition zu Großbritannien bringe, ebenso bekunde wie die Kapazität der drei Länder, das Leadership in der ESVP zu übernehmen.<sup>1</sup> Seiner Ansicht nach handelt es sich hier jedoch nur um ein Arrangement, das auf das Konto von Premierminister Tony Blair gehe, der bestrebt gewesen sei, „sich nach dem Irak-Krieg wieder Europa anzuschließen“, und der Paris und Berlin lediglich „ein paar Brosamen“ zugestanden habe. Für Bertram ist zwar jedes Übereinkommen zwischen den Drei sehr „schön“, doch werde es niemals zu einer Integration führen. Die deutsch-französische Zusammenarbeit dagegen könne nicht ohne Integrationsperspektive auskommen. Bertram erklärte: „Integration bedeutet (für mich) Fusion. Nicht aller bewaffneten Streitkräfte, aber einer gewissen Zahl von wichtigen Elementen in der Sicherheitspolitik.“ Die Schwierigkeit eines Vorgehens zu dritt liege somit darin, dass das Vereinigte

Königreich nicht mit von der Partie sei, wenn es um Integration gehe.

## Die Herausforderungen

Unter den zahlreichen Herausforderungen, die die Sicherheits- und Verteidigungspolitik bewältigen muss, wurden von den Teilnehmern des Panels insbesondere drei genannt, nämlich die Intensivierung des gemeinsamen deutsch-französischen Handelns, der Krieg gegen den Terrorismus und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Die deutsch-französische Kooperation könne nur leistungsfähig sein, wenn beide Partner die gleiche Vision von der politischen Finalität Europas hätten. Dazu müssten die nationalen Interessen beider Länder künftig konvergieren. Christoph Bertram rechtfertigte diese Forderung mit zwei Argumenten. Zum einen sei die gemeinsame deutsch-französische Position im Irak-Krieg Ergebnis eines Zufalls und nicht einer institutionellen Verankerung gewesen. Immerhin hätten aber Frankreich und Deutschland bei dieser Gelegenheit beobachten können, mit welcher Macht man sie zu spalten versuchte. Bertram erinnerte an den Satz von Condoleezza Rice: „Wir müssen den Russen vergeben, die Franzosen bestrafen und die Deutschen ignorieren.“ Bei einer künftigen Krise könne das Risiko einer Spaltung zwischen Paris und Berlin nicht ausgeräumt werden, solange es keine wirkliche institutionelle Integration gebe.

Der zweite Grund habe mit der geopolitischen Dimension des erweiterten Europas zu tun. Da die Vision eines „harten Kerns“ in einem Europa der 25 keinen Sinn habe und dem aktuellen Verfassungstext zuwiderliefe, bleibe als einziges damit vereinbares Vorgehen die Fusion, das heißt, dass zwei Staaten sich darauf verständigen, in einem bestimmten Bereich gemeinsam und nie mehr getrennt zu handeln. Ob es hier zu einem Anziehungspunkt komme, der auch innerhalb

des erweiterten Europas die Kraft besäße, die anderen über jene Grenzen mit sich zu ziehen, die sich die Engländer setzen, hängt nach Ansicht von Bertram davon ab, ob Frankreich und Deutschland bereit seien, wichtige Aspekte ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenzuführen. Es sei unwichtig, ob es sich dabei um die gemeinsame logistische Versorgung der in Afghanistan oder im Balkan stationierten Truppen oder um die gemeinsame Einrichtung von Strukturen handele, die die Einführung des großen Airbus, die in militärischer Hinsicht notwendig sei, vorbereiten soll, oder aber um die Entscheidung von Paris und Berlin, nur gemeinsam im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu handeln – ein Vorschlag, der kürzlich von Karl Lamers und Christoph Bertram vorgebracht wurde. Aber ohne einen wirklichen Vormarsch auf diesem Gebiet blieben die konzeptuellen, operationellen und institutionellen Errungenschaften anfällig.

In Bezug auf den Krieg gegen den Terrorismus, dessen Flexibilität, Anpassungs- und Wandelfähigkeit eine wichtige Dimension darstellten, wies Bertram auf die Lehren hin, die aus dem Kalten Krieg zu ziehen seien. Er zeigte sich überrascht über die Parallelen, die man ziehen, über die Konzepte, die man erneut verwenden könne (darunter „The Wise Man“, das Memorandum von Paul Nitze, die Abschreckung, die Politik zur Eindämmung etc.), um diese schwierige Aufgabe zu bewältigen. Er unterstrich zudem, dass das Nachdenken über den Krieg gegen den Terrorismus erst beginne. Frankreich und Deutschland und wenn möglich auch andere europäische Staaten sollten gemeinsam über die Elemente einer langfristigen Strategie nachdenken, um diese Gefahr zu bekämpfen, und diese Arbeit nicht ausschließlich den Vereinigten Staaten überlassen, lautete sein Wunsch. Während des Kalten Krieges habe sich die amerikanische Politik gegenüber Europa um drei grundlegende Prinzipien organisiert: die Pflege der transatlantischen Be-

ziehungen, die Unterstützung der europäischen Einigung und der Erhalt eines strategischen Leaderships in Europa. Mit dem Fall der Berliner Mauer habe die Haltung Washingtons einen Umschwung erlebt, der sich nach dem 11. September 2001 noch beschleunigte. Danach hätten die Unstimmigkeiten über den Irak diese Prinzipien gefährdet, ja zunichte gemacht, und heutzutage seien die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nach wie vor von einer Aura der Ungewissheit umgeben. Am Vorabend des Besuchs des amerikanischen Präsidenten George W. Bush vom 22. Februar 2005 plädierte Bertram dafür, dass die Europäer sich angesichts der radikalen Veränderungen über die gesamten europäisch-amerikanischen Beziehungen, ihre Institutionen, Strukturen und Ziele befragten. Er kritisierte die Unbeweglichkeit der europäischen Regierungen in diesem Punkt und rief zu einem Nachdenken über die Neugestaltung dieser Beziehung in einer völlig neuen Ära auf. In diesem Kontext könnten Frankreich und Deutschland nützlich dazu beitragen, dass die Spaltung zwischen „altem“ und „neuem“ Europa überwunden werde, die seiner Ansicht nach keine Erfindung des amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld sei, sondern durchaus der Realität entspreche. Das neue Europa, dessen Ängste größer seien, wolle seine atlantische Gefolgschaft nicht von seinem europäischen Schicksal trennen, denn Sicherheit sei hier der Sockel der postkommunistischen Übergangsphase. Folglich würden die Vereinigten Staaten vor allem als jene Macht wahrgenommen, die das Reich des Bösen niedergerungen habe. Dagegen beeile sich das „alte“ Europa, vor allem Frankreich und Deutschland, das Ende des Kalten Krieges mit dem Ende der Ausrichtung auf Amerika gleichzusetzen, auch in Krisenzeiten. Es müssten jedoch Anstrengungen unternommen werden, um diese Spaltung zu überwinden. Wie könne man besser dazu gelangen als durch ein deutsch-

französisches Vorgehen, das über die neuen Formen und Inhalte künftiger Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nachdenke?

Aus den Erfolgen und Misserfolgen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der letzten Jahre könne man zwei Lehren ziehen. Die erste habe mit der Organisation der deutsch-französischen Zusammenarbeit zu tun, die nicht ausschließlich Sache von speziellen Strukturen sein dürfe, die in beiden Ländern eingerichtet wurden, sondern die im Gegenteil auf die großen Entscheidungen zur Europapolitik der Regierungen in Paris und Berlin Einfluss nehmen müsse. Die zweite Lehre betreffe die Notwendigkeit, die

grundlegenden Gegebenheiten des heutigen Europas zu berücksichtigen, das heißt, das neue Panorama der Europäischen Union, das komplexer ist als in der Vergangenheit. Der Einfluss Frankreichs und Deutschlands sei umso größer und werde auch in Zukunft umso größer sein, je mehr sich beide Länder systematisch darum bemühten, andere Partner für ihre Initiativen zu gewinnen. Die Entwicklung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sei nicht nur Prüfstein für die politische Integration, sondern auch Bedingung dafür, dass sich Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts behaupten könne.

---

1 Dieser Vorschlag wurde beim Treffen am 29.4.2003 zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich und Luxemburg vorgebracht und geriet in die Kritik, weil er eine Duplikation der NATO-Strukturen darstelle, was den strategischen Prioritäten Londons (und Washingtons) sowie anderer Mitgliedstaaten zuwiderliefe. Der Konflikt wurde auf folgende Weise gelöst: Paris und Berlin akzeptierten den britischen Vorschlag, eine ständige Planungszelle beim obersten Kommando der alliierten Streitkräfte in Europa (SHAPE) zu schaffen und erhielten im Gegenzug das Zugeständnis von London, ein Zentrum für Operationen der Europäischen Union einzurichten, um Operationen ohne Hilfe der NATO planen und durchführen zu können. Dieses Arrangement wirft die Frage nach der Nützlichkeit einer kleinen Einheit von Offizieren auf, die unabhängig vom SHAPE handelt.

# Legitim und leistungsfähig?

## Das deutsch-französische Tandem im erweiterten Europa

STEPHAN MARTENS\*

Das vierte und letzte Panel galt der deutsch-französischen Partnerschaft in Europa. Dabei stellte sich die Frage, ob das deutsch-französische Tandem in der auf 25 Mitglieder erweiterten Union (noch) legitim und leistungsfähig ist. Die einzelnen Teilnehmer unterstrichen, wie sehr die Schaffung Europas ein langer Prozess transnationalen Lernens war und ist. Diese Arbeit erfordere einen langen Atem, doch falle den führenden Kräften in Europa, vor allem in Frankreich und Deutschland, dabei die Aufgabe zu, das europäische Projekt den Bevölkerungen zu erklären. Die Redner, die ihre Überlegungen unter das Zeichen des heiklen Ratifizierungsprozesses des Verfassungsvertrags stellten, betonten zudem, dass das deutsch-französische Tandem im erweiterten Europa zwar notwendig bleibe, vielleicht aber nicht mehr ausreichend sei.

Jo Leinen bezog sich auf das jüngste Werk des amerikanischen Soziologen *Jeremy Rifkin* mit dem Titel „Der europäische Traum“. Nach Ansicht des Autors sind die Europäer nicht optimistisch genug, um ihre Vision von der Zukunft durchsetzen zu können. Träume

brauchen Optimismus. *Leinen* äußerte den Wunsch, dass Frankreich und Deutschland, die den Traum von einem befriedeten Europa verwirklicht haben, dazu beitragen, dass die Träume anderer Länder wie jene der Ukraine vom EU-Beitritt erfüllt werden. Denn so wie Westeuropa ohne die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich nicht hätte Wirklichkeit werden können, so werde das Europa nach dem Kalten Krieg ohne die deutsch-polnische Versöhnung nicht Wirklichkeit werden.

*Piotr Switalski* erklärte, dass das 1991 geschaffene Weimarer Dreieck eine exemplarische Form der trilateralen Zusammenarbeit darstelle, die für das vereinte Europa von morgen stehen könnte, das die Wunden der Vergangenheit überwunden hat. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen blieben dennoch durch ein schweres historisches Erbe bedingt, das die bilateralen Beziehungen beeinflusse. Aus diesem Grund habe die deutsch-französische Partnerschaft eine „nicht zu leugnende historische Bedeutung“. Von Polen aus gesehen, sei sie „Quelle der Inspiration“ und ein „Modell für Versöhnung“.

---

\* Prof. Dr. *Stephan Martens* lehrt deutsche und europäische Zeitgeschichte an der Universität Michel de Montaigne, Bordeaux 3. Diese Zusammenfassung des vierten Panels berücksichtigt die Beiträge von *Jo Leinen*, MdEP, Mitglied der SPE-Fraktion und Vorsitzender im Ausschuss für konstitutionelle Fragen, *Mario Monti*, ehemaliger europäischer Kommissar für Wettbewerb und Präsident der Universität Bocconi in Mailand, sowie *Piotr Switalski*, Leiter des Planungstabs im polnischen Außenministerium. Das Panel wurde geleitet von *Sylvie Goulard*, Institut d'études politiques, Paris.

## Impulsgeber im Dienste Europas

Mario Monti betonte seinerseits diese „strukturierende Rolle“ des deutsch-französischen Tandems: Ob bei der Schaffung des europäischen Währungssystems (vom Vertrag von Maastricht bis hin zur Einführung des Euro) oder beim Schengen-Prozess – stets habe es die entscheidende Rolle des Impulsgebers wahrgenommen. Zu Recht hob Monti diese Besonderheit hervor: Wie man mühelos feststellen könne, bestehe der Mehrwert in der Fähigkeit der Deutschen und Franzosen, ihre eigenen Divergenzen zu überwinden und die entscheidende Rolle zu spielen, wenn es gelte, die Partner davon zu überzeugen, dass sie sich einem Projekt anschließen. Kann man deshalb heutzutage von einem deutsch-französischen „Leadership“ in Europa sprechen?

Piotr Switalski meinte dazu, dass ein Leadership an sich stets auto-restriktiv sei in dem Sinne, dass es Misstrauen hervorrufe, doch aus globaler Perspektive betrachtet, könne „man nicht auf Polen, die Niederlande oder Österreich zählen, wenn es darum gehe, mit welcher Stimme Europa im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sprechen soll oder welches das richtige europäische Verhalten gegenüber Asien oder Afrika ist“. Wenn man zu „mehr Europa“ gelangen und eine Antwort auf die Frage „welches Europa“ finden wolle, dann sei ein deutsch-französisches Leadership „wichtig“.

Jo Leinen erklärte, dass beide Länder „heute wie gestern eine große Verantwortung“ für Europa besäßen: „Ohne Frankreich und Deutschland kann man Europa nicht bauen.“ Wenn beide Ländern von einem „politischen Willen“ beseelt seien, dann würden sie weiterhin eine entscheidende Rolle bei der inneren Entwicklung des europäischen Hauses spielen.

Dabei dürfe man letztlich nicht die ursprüngliche Berufung des deutsch-französischen Tandems vergessen: Auch wenn es sich nicht in ein Direktorium verwandeln sollte, so sei dieses Tandem doch eine Kraft, die in

und für Europa Vorschläge mache und Anhänger gewinne. Seine vordringliche Funktion bestehe darin, die Dynamik des europäischen Projekts zu erhalten und zu verstärken. Daher habe es seit der Einrichtung des europäischen Währungssystems (1979) bis hin zum Konvent zur Zukunft Europas (2002) eine entscheidende Rolle im Prozess der europäischen Integration gespielt. Frankreich und Deutschland besäßen nicht größere Fähigkeiten, wenn es darum gehe, politische Ideen und Schemata zu entwerfen; sie seien aber die Länder, die sich am intensivsten darum bemühten, den Prozess der Schaffung eines erweiterten Europas mit Leben zu füllen. Davon zeugten etwa die deutsch-französischen Vorschläge im Rahmen der im Konvent geführten Diskussionen, vor allem im Bereich Verteidigung und Sicherheit.

## Vorbildfunktion

Die schwerwiegenden strukturellen Probleme in Frankreich und Deutschland und die Zunahme ihrer Haushaltsdefizite haben allerdings kaum dazu beigetragen, dass sich das Bild des deutsch-französischen Tandems in Europa verbesserte. Mario Monti stellte in diesem Zusammenhang eine gewisse deutsch-französische Arroganz fest: Die Missachtung der im Stabilitätspakt geforderten Kriterien habe „weder Europa noch dem deutsch-französischen Tandem einen Dienst erwiesen“. Im November 2003 haben die Finanzminister der Eurozone, auf Verlangen von Paris und Berlin, das Defizitverfahren ausgesetzt: Die Minister beschlossen, entgegen der Meinung der kleinen Länder wie Österreich, der Niederlande und Finnland, dieses einzufrieren, so dass die Sanktionen weder auf Frankreich noch auf Deutschland angewandt wurden, die sich beide im dritten Jahr hintereinander eines exzessiven Haushaltsdefizits schuldig gemacht hatten. Damals hatte die Kommission jenen Vorschlag, der weder die Regeln noch den Geist des Pak-

tes respektierte, zutiefst bedauert. Paris und Berlin ist es im März 2005 beim Europäischen Rat in Brüssel gelungen, eine neue Lesart des Paktes durchzusetzen: Wenn die wirtschaftliche Situation es erfordert, dürfen die Staaten der Eurozone die Marke des Haushaltsdefizits von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten, ohne unmittelbar mit politischen oder wirtschaftlichen Sanktionen durch die Kommission belegt zu werden. Damit haben die beiden Länder sich nicht gerade vorbildlich verhalten. Paris ist der schlechteste Schüler, wenn es um die Umsetzung der europäischen Direktiven geht, Berlin hat am häufigsten Konflikte mit der Kommission ausgetragen.

Mario Monti ging auf zwei sensible Bereiche ein, nämlich die Wettbewerbsfähigkeit der EU und die Industriepolitik, wo das deutsch-französische Duo jeweils den Partnern den Weg weisen sollte. Damit die EU auf globaler Ebene wettbewerbsfähig sein könne, müssten zwei Bedingungen erfüllt sein: die Einleitung von Wirtschaftsreformen auf nationaler Ebene und die Bereitschaft, maßvoll und selektiv gewisse Aspekte der Koordination auf Gemeinschaftsebene zu verbessern. Beide Bedingungen ergänzten sich bestens, auch wenn man regelmäßig beobachten könne, dass manche Länder die erste Bedingung erfüllten, die zweite aber nicht, und umgekehrt. Die kleinen und neuen Mitgliedstaaten erbrächten den Beweis, dass beide Bedingungen erfolgreich kombiniert werden könnten. Frankreich und Deutschland müssten „ihre internen Wirtschaftsreformen erheblich beschleunigen“. Der ehemalige Kommissar für Wettbewerb unterstrich zugleich, dass eine „ambitionierte europäische Industriepolitik nicht über eine Aufweichung der Wettbewerbspolitik erreicht werden kann“. Monti warf hier einen strengen Blick auf Paris und Berlin, die in den letzten Jahren ihre Streitfälle mit den Wettbewerbswächtern in Brüssel vervielfacht haben. Beide Hauptstädte versuchten, sich den Anordnungen der Eu-

ropäischen Kommission zu widersetzen, wenn es darum gehe, in Schwierigkeiten geratene Unternehmen oder die Unabhängigkeit ihrer ökonomischen Aushängeschilder zu verteidigen, denn manche Sektoren wie Finanzdienstleistungen oder die Pharmaindustrie seien nicht vor der Übernahme durch ausländisches Kapital geschützt. Der Industrie-Nationalismus erweise jedoch der europäischen Sache keinen guten Dienst. Und schließlich müsse das deutsch-französische Tandem, wenn es für einen Aufschwung der Industriepolitik auf europäischer Ebene plädiere, der ambitioniert sei und zugleich die Regeln des Wettbewerbs respektiere, auch die konkreten Konsequenzen ziehen, wenn es um die öffentlichen Ressourcen für Europa gehe. Wenn man eine öffentliche gemeinschaftliche Aktion starten wolle, die in der Lage sei, eine Strategie für eine europäische Industriepolitik zu bestimmen, wie könne man dann das europäische Budget auf 1 Prozent des gemeinschaftlichen Bruttoinlandsprodukts begrenzen, wie es vor allem Frankreich vorschlägt? „Hier gilt es, sich in Kohärenz zu üben.“ Nach Ansicht von Monti muss die europäische Wettbewerbsfähigkeit tatsächlich weiterhin auf einem großen, gemeinsamen, wettbewerbsorientierten Markt beruhen. Wenn man also wolle, dass die anderen Mitgliedstaaten dem Beispiel folgten, dann müssten bilaterale deutsch-französische Initiativen stets eine europäische Orientierung haben.

### Welche Rolle im neuen Europa?

Piotr Switalski war der Meinung, dass die Beziehungen zwischen Polen, Frankreich und Deutschland nie so werden würden wie jene zwischen Paris und Berlin. Er äußerte jedoch den Wunsch, dass sich in der trilateralen Kooperation, die mit dem „Weimarer Dreieck“ eingerichtet wurde, eine größere Dynamik entwickle und dass Warschau dazu einen Mehrwert beitragen könne. Hier könne man

zwar anmerken, dass Polen nur 10 Prozent des französischen Bruttosozialprodukts und 7,5 Prozent des deutschen Bruttosozialprodukts erzeuge, doch sei es nicht die Quantität, die für die Qualität stehe. Für die Zukunft Europas sei das trilaterale Vorgehen „attraktiv“, denn es „kombiniert das sehr strategische, sehr globale Vorgehen Frankreichs mit dem sehr europäischen Vorgehen Deutschlands und dem regionalistischen Vorgehen Polens“. Auf dieser Basis, erklärte Switalski, „kann man wirklich eine Politik des Konsenses in Europa aufbauen“.

Zugleich zeichnete der Spitzenbeamte aus dem polnischen Außenministerium die Grenzen der Handlungsmacht der deutsch-französischen Partnerschaft im neuen internationalen Kontext nach. Er räumte ein, dass selbst im erweiterten Europa der 25 Frankreich und Deutschland allein ein Drittel der Bevölkerung und mehr als 54 Prozent des Bruttosozialprodukts der Eurozone darstellen. Doch die Krise, die in Europa anlässlich des Irak-Konflikts entstanden sei, und die Schwierigkeiten, die entstanden, bis man zum Beschluss eines Projekts zum Verfassungsvertrag gelangte, bewiesen, dass das deutsch-französische „Gewicht“ nicht genüge. Nun möge zwar die deutsch-französische Verständigung nicht mehr stark genug sein, um das europäische Unternehmen voranzutreiben, doch sei sie es noch allemal, um es zu blockieren. In diesem Sinne gab Switalski zu Recht zu verstehen, dass der deutsch-französische Motor unerlässlich sei, jedoch nicht mehr ausreiche, da er durch die Erweiterung mechanisch geschwächt werde. Auf die Frage, welche Haltung die EU angesichts der politischen Entwicklung in den Ländern Osteuropas wie Russland oder der Ukraine einnehmen sollte, sei „die europäische Antwort nicht das Ergebnis einer deutsch-französischen Partnerschaft“. Dies beweise, dass die politische oder diplomatische Initiative nicht zwangsläufig oder ausschließlich in Paris oder Berlin angesiedelt sei. Schließlich stel-

le sich die Frage des „Wertes“ der deutsch-französischen Partnerschaft tatsächlich in Bezug auf die Herausforderungen, die von der EU gemeistert werden müssten: „Wir brauchen mehr Europa, nicht um die Probleme in Europa zu lösen, wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Wir brauchen mehr Europa, um die Probleme zwischen Europa und dem Rest der Welt, mit China, Amerika und anderen aufstrebenden Ländern zu lösen.“ Weder Frankreich noch Deutschland könnten dies allein oder gemeinsam angehen, das sei eine Aufgabe, die Europa in seiner Gesamtheit zukomme. Der Vertreter eines Beitrittslandes habe selbstverständlich eine andere Wahrnehmung vom deutsch-französischen Tandem in Europa, und Switalski prangerte die derzeit kursierenden Bezeichnungen wie „Direktorium“, „harter Kern Europas“, „variable Geometrie“ als unwirksame Konzepte an: Die deutsch-französische Beziehung sei eine Sache, aber es gebe auch ein „Dreieck Paris–London–Berlin“ so wie es das „Weimarer Dreieck“ zwischen Paris–Berlin–Warschau gebe.

## Die europäische Verfassung

Frankreich und Deutschland hätten noch eine sehr wichtige Rolle innerhalb der EU zu spielen. Ganz abgesehen vom Erfolg oder Misserfolg, den das Referendum über die Unterzeichnung des Verfassungsvertrags in Frankreich haben werde, komme beiden Partnern die Aufgabe zu, für die Ratifizierung zu werben und die Partner von dessen Nutzen und Bedeutung zu überzeugen. Nun glaubt zwar Mario Monti, dass das deutsch-französische Tandem hier keine Vorreiterrolle spielen könne, denn wenn ein Land nicht unterzeichne, dann komme dem Europäischen Rat die Aufgabe zu, nach möglichen Alternativen zu suchen, um aus der Sackgasse herauszukommen. Das deutsch-französische Tandem sei jedoch nützlich, wenn Politiken der verstärkten Zusammenarbeit zu entwerfen seien,



allerdings entscheide in diesem Fall jeder Mitgliedstaat über die Regeln, nach denen die EU als Gesamtheit funktioniert. Jo Leinen meinte, dass Paris und Berlin in der aktuellen Debatte eine „ganz besondere Verantwortung“ zukomme. Auch wenn es den beiden Nachbarn gelungen sei, den deutsch-französischen Motor wieder anzuwerfen – mit der Verabschiedung der „Gemeinsamen Erklärung vom 22. Januar 2003“ anlässlich des 40. Jahrestages des Élysée-Vertrages – so stehe doch im Hintergrund der Ausarbeitung des Verfassungsprojekts der Misserfolg beim Europäischen Rat in Nizza vom Dezember 2000. Heute gehe es also gewissermaßen darum, dies wieder wettzumachen. Die Ratifizierung der europäischen Verfassung sei die „Priorität der Prioritäten“, und ein Misserfolg habe eine schwere Krise für die Legitimation der europäischen Institutionen und für die Zukunftsperspektiven zur Folge.

Da Frankreich und Deutschland das Herz der europäischen Idee bildeten, bedauerte Leinen, dass die beiden Länder die Unterzeichnung nicht für denselben Tag geplant haben. Auch wenn auf beiden Seiten des Rheins unterschiedliche Formen gewählt wurden, hätte man sich vorstellen können, dass der 8. Mai 2005 symbolisch zum Tag der Unterzeichnung bestimmt werde. Nachdem es zu einer solch symbolischen Initiative nicht gekommen ist, besteht nach Ansicht des Europaabgeordneten die Gefahr, dass 25 nationale Debatten geführt werden: Überall sei die Versuchung groß, die Diskussion über die Verfassung für innenpolitische Auseinandersetzungen zu instrumentalisieren. Hier müssten sich die Europäer in die nationalen Debatten zugunsten eines Ja einmischen und diese Diskussionen entpolitisieren, denn schließlich gehe es um die Zukunft Europas. Mario Monti und Jo Leinen waren sich darin einig, dass ein Land, das mit Nein gestimmt habe, eine zweite Chance erhalten solle, wobei die Frage dann lautete: Will dieses Land Teil der Union bleiben oder sich ausschlie-

ßen? Wenn die Antwort auf die Ratifizierungsfrage zum zweiten Mal hintereinander negativ ausfiele, dann wäre davon auszugehen, dass das betreffende Land die Union ablehnt. Es müsste in der Folge Sonderabkommen aushandeln, denn es wäre Teil eines „anderen“ Europas, nicht aber der politischen Union. Dies würde auf jeden Fall voraussetzen, erinnerte Monti, dass die 25 Staats- und Regierungschefs gemeinsam eine feierliche politische Verpflichtung eingingen: Wenn ein Mitgliedstaat den Verfassungsvertrag nicht unterzeichnet, könnte er eine zweite Abstimmung organisieren, wobei jedoch die grundsätzliche Frage zu stellen wäre (die sich darin von der ersten Abstimmung unterscheidet): „Möchten Sie in der EU bleiben und die Verfassung annehmen, oder aus der EU austreten?“ Um diesen entscheidenden Punkt gehe es, daran könnten Frankreich und Deutschland „die anderen Partner zu Recht erinnern“, meinte der ehemalige Kommissar für Wettbewerb. Die grundlegende Idee von Monti lautet also, dass jeder Staat für sich selbst verantwortlich ist, denn wenn der eine oder andere die Verfassung nicht unterzeichnen wolle, so müsse er noch lange nicht die anderen daran hindern, die europäische Integration voranzutreiben.

Was ist zu tun, wenn nun ein Land tatsächlich mehrheitlich mit Nein abstimmt? Juristisch, vertragsrechtlich gesehen, bedeutet die Ablehnung der Verfassung durch eines der Mitgliedstaaten das Scheitern des Projektes und die „Rückkehr“ zum Vertrag von Nizza, den man ja geschmäht hat und der nicht geeignet ist, eine Union mit 25 Ländern und mehr zu führen. Wenn in der Vergangenheit ein Referendum gescheitert ist, so hat die EU den Weg der „ergänzenden Interpretation“ eingeschlagen, um auf spezielle nationale Anliegen und Sorgen des einen oder anderen Landes (Dänemark oder Irland) einzugehen und ihnen die Organisation eines neuen Referendums zu erleichtern. Wäre es gerechtfertigt, das gleiche Verfahren anzuwenden,

wenn es in einem der großen Unterzeichnerstaaten zur Ablehnung käme? Man darf daran zweifeln. Im Falle des Scheiterns könnte auch die Situation entstehen, dass jene Länder, die es wünschen, mittels einer verstärkten Zusammenarbeit zu einem politischen Übereinkommen gelangen, um weiterhin mit allen Mitgliedstaaten in einem gemeinsamen Markt zu verbleiben – und gleichzeitig untereinander in wesentlichen Bereichen wie innere und äußere Sicherheit sowie Außenpolitik zu einer engeren Verbindung gelangen.

### Welche Vision von Europa?

Jo Leinen stellte die Frage, ob Frankreich und Deutschland „wirklich eine gemeinsame Sicht von der Finalität der europäischen Einigung haben“. Damit rückte er die Problematik in den Mittelpunkt, die die öffentlichen Meinungen in Europa interessiert. Als einziger erklärte er, dass die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei kein Gegenargument sei: die Unterzeichnung der Verfassung und der Beitritt der Türkei seien zwei völlig unterschiedliche Dinge, wobei der Verfassungsvertrag die Regierung eines Europa von 25 und mehr ermögliche. Ob man diese Ansicht nun teilt oder nicht, immerhin hat sie das Verdienst, dass damit die komplizierte Frage nach den Grenzen der EU gestellt wird. Wenn die Debatte über die Unterzeichnung der EU-Verfassung so schwierig verläuft, dann zum Teil auch wegen der Unsicherheit bezüglich der äußersten Grenzen der EU. Paris und Berlin haben die entscheidenden Impulse gegeben, damit der Türkei ein Datum für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen genannt wird; stellt sich dann aber nicht auch die Frage nach der Ukraine und vielleicht morgen nach Moldawien oder nach den Ländern am Kaukasus? Ob man es nun will oder nicht, mit dem türkischen Beitritt werden die Fragen nach der Integrationskapazität der EU und der „Finalität“ Europas aufgeworfen. Es bleibt offen, ob die Beitrittsrhetorik aus-

reicht, um das Problem der Integrationskapazität der EU zu lösen, während sich die Erweiterungs-rhetorik immer mehr in ihrem eigenen Widerspruch verfängt, denn jeder Eingliederungsprozess ist per definitionem zugleich ein Prozess des Ausschließens. Diese Debatte wurde während des Panels nicht geführt, und dabei werden doch Frankreich und Deutschland politisch und finanziell mehr als je zuvor an erster Front stehen, um (zusammen) über die Zukunft einer gewissen Idee von Europa zu entscheiden.

Die EU hat eine entscheidende Rolle im noch nicht abgeschlossenen Prozess der Transformation von Mittel- und Osteuropa gespielt. Sie ist ein Friedensfaktor bei der Beilegung von Streitigkeiten, die aus den beiden Weltkriegen ererbt wurden, und ein mächtiger Hebel für die demokratische und wirtschaftliche Modernisierung. Sie bietet Ländern, die sich um eine europäische Anerkennung bemühen, einen institutionellen Rahmen, der mit legitimen Werten und Normen ausgestattet ist. So ist die EU Friedensfaktor und Vektor für Modernisierung, doch zugleich auch ein Prisma, durch das die Transformation Osteuropas wahrgenommen und analysiert wird. Die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und die Europa-Bestrebungen, die andere Länder äußern, sind für manche Mitgliedstaaten Anlass zu der Frage, ob als Preis für die Neuordnung des europäischen Kontinents, die unter anderem durch die Werte, Normen und die Unterstützung der EU ermöglicht wurde, am Ende der Verzicht auf eine ambitionierte Union zu zahlen ist. Diese Frage ist berechtigt, doch darf sie die Europäer nicht davon abhalten weiter voranzuschreiten; allerdings verpflichtet sie die führenden Köpfe und Verantwortlichen in Europa, den öffentlichen Meinungen die Natur des europäischen Projektes deutlicher zu erklären. Es geht durchaus darum, Europa dem Bürger näher zu bringen, so weit es nur möglich ist, wobei man ihm eine klare Vision von diesem Euro-

pa und von den Perspektiven seiner künftigen Entwicklung vermitteln muss. Dann wird er es zu seinem eigenen machen. Im gegenteiligen Fall wird es nicht gelingen, die Krise der Interesselosigkeit zu überwinden.

Das „Deutsch-Französische“ ist alles andere als eine Achse, und doch besitzt es in seinen verschiedenen Dimensionen immer noch absolute Aktualität. Seit 2003 erleben beide Länder eine neue Etappe in ihrer Zusammenarbeit, jene der institutionellen Entwicklung und einer stärkeren Formalisierung der Begegnungen und Austausche. Dennoch sind die früheren Dimensionen dieser Zusammenarbeit nicht verschwunden. Nach dem Krieg war sie vor allem von dem Willen zur Versöhnung durchdrungen, um gemeinsam ein Zukunftsprojekt für künftige Generationen zu schaffen. In dieser Hinsicht ist die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich wirklich exemplarisch. In einem neuen, erweiterten Europa werden die Ansprüche und die Wunden, die der Zweite Weltkrieg hervorbrachte, nicht schlagartig aus den Köpfen verschwinden – man verfolge hierzu nur die jüngsten Polemiken in Deutschland und in Polen zu den Vertriebenen. In diesem Zusammenhang hat die deutsch-französische Versöhnung immer noch Modellcharakter. Die andere Berufung der deutsch-französischen Beziehung – die nicht exklusiv zu verstehen ist – besteht darin, eine Vorschlagskraft für Europa zu sein. Es geht keineswegs darum, ein Direktorium aufzuzwingen, das übrigens politisch keinen Sinn hätte, sondern es geht darum zu versuchen, gemeinsame Überzeugungen zu entwickeln, vor allem in der Frage, wie man auf dem Weg der europäischen Integration mittels eines konstruktiven Dialogs weiter voranschreiten kann.

Es ist wichtig, dass Frankreich und Deutschland künftig versuchen, entscheidende Impulse zu einem Konzept der EU der 25 als einem geopolitischen Ensemble zu geben, zu einem Europa, das in der Lage ist, auf internationaler Ebene zu handeln, den Lauf der Dinge zu beeinflussen und seine Ziele zu definieren. In diesem Sinne muss das deutsch-französische Tandem das tragende Element des europäischen Zusammenhalts bleiben, doch muss es zugleich versuchen, das Vereinigte Königreich, dessen Rolle für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) unersetzlich ist, stärker an den Kontinent anzubinden, ebenso wie es sich darum bemühen muss, die neuen Beitrittsländer vor allem Polen, die nicht die Geschichte der Gründerländer teilen, in Europa zu verankern. Es ist klar, dass das politische Gewicht des deutsch-französischen Tandems in der erweiterten EU, die zu einem noch komplexeren Mosaik wurde, sowohl zahlenmäßig als auch geografisch relativiert wird. Paris und Berlin können nicht mehr hoffen, allein das europäische Schicksal zu bestimmen oder durch Zentrifugalkraft die anderen Partner der EU mit sich zu ziehen. Aber auch umgekehrt können die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Integrationsprozess nur dann wirklich funktionieren, wenn die deutsch-französische Zusammenarbeit reibungslos verläuft. In diesem Sinn hat das deutsch-französische Tandem nichts von seiner strategischen Bedeutung für Europa verloren, und Kommentare, die das Ende dieser Verbindung ankündigen, da sie sich überlebt habe, sind völlig absurd. Ohne Übereinstimmung zwischen Paris und Berlin werden die politischen Dossiers nicht zu jenen klugen Antworten gelangen, die Europa braucht.

# Nach 50 Jahren Kooperation – Beginn echter Integration?

## Schlusswort

ANDREAS SCHOCKENHOFF\*

Wir haben die Spanne „50 Jahre Comité d'études des relations franco-allemandes“ heute glaube ich sehr gut erfasst. Die deutsch-französische Zusammenarbeit war und ist konstitutiv für die europäische Integration. Es gab von der EGKS über einige Akte, über Europol, über Schengen bis hin zur Wirtschafts- und Währungsunion und zum Verfassungsvertrag keinen einzigen europäischen Integrationsschritt, dem nicht vorher ein Interessenausgleich zwischen Deutschland und Frankreich und eine gemeinsame deutsch-französische Initiative gegenüber den anderen Partnern vorausgegangen wäre. Und als es einen offensichtlichen deutsch-französischen Dissens gegeben hat, hat Europa nicht funktioniert. Das war 1999 beim Berliner Gipfel, wo die Voraussetzungen für die Erweiterung geschaffen werden sollten – für den Finanzrahmen der EU und bei der Agrarpolitik. Deutschland und Frankreich sind ohne abgestimmte Positionen und im offensichtlichen Dissens gegenüber den Partnern in die Verhandlungen gegangen, und die Verhandlungen haben nicht zu den erforderlichen Ergebnissen geführt. Das war der Fall in Nizza, wo bei den Entscheidungsverfahren und bei institutionellen Fragen die Voraussetzungen geschaffen werden sollten

für die Erweiterung. Auch dort gab es einen offensichtlichen deutsch-französischen Dissens und ein Scheitern des Gipfels. Auch die Schwierigkeiten und die Schwächen bei der Verfassung sind nicht im Verfassungskonvent entstanden, sondern sie sind Konsequenz aus der deutsch-französischen Uneinigkeit in Nizza.

Also brauchen wir auch heute, auch im Europa der 30, wie es heute morgen geheißen hat, diese deutsch-französische Zusammenarbeit, den gemeinsamen politischen Willen, Europa weiter zu integrieren. Denn in einem größeren Europa ist es noch schwieriger geworden, diesen politischen Willen zu organisieren. Aber es ist in einem größeren Europa auch ungleich schwieriger geworden, diese Führungsfunktion auszuüben. Und wenn es richtig ist, was vielfach gesagt wurde, dass man die kleinen Staaten einbinden muss, dass man ihre Sichtweise verstehen muss, dann brauchen wir mehr Diplomatie, mehr Bescheidenheit in deutsch-französischen Initiativen und weniger Arroganz. Ich möchte hinzufügen, vielleicht mehr Sensibilität für die Befindlichkeiten anderer Länder.

Ich möchte ein Beispiel geben: 1994 hat der damalige polnische Außenminister *Baroszewski* vor dem Deutschen Bundestag eine

---

\* Dr. Andreas Schockenhoff, MdB, ist Vorsitzender der deutsch-französischen Parlamentariergruppe.

ganz bemerkenswerte Rede gehalten. Er hat sich am Schluss sehr persönlich an die Abgeordneten des Bundestages gewandt mit dem Satz: „Wir Polen sind durch unsere Geschichte traumatisiert, und wir bitten Euch, bildet nie wieder über uns hinweg eine Achse Paris–Berlin–Moskau.“ Als ich in den Zeitungen gelesen habe, dass der deutsche Bundeskanzler und der französische Präsident in Moskau von einer neuen Achse Paris–Berlin–Moskau gesprochen haben, war das für mich wie ein kommunikativer Gau.

Was Deutschland und Frankreich am 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages zur Irak-Krise gesagt haben, damit kann man in vielen Dingen inhaltlich einverstanden sein. Aber die Art und Weise, wie es gesagt wurde, hat nicht zur Einigung Europas geführt. Das haben wir gesehen. Dieses Auftreten des deutsch-französischen Duos ist keine offene Provokation gegenüber anderen Mitgliedstaaten, sondern das fehlende Einfühlungsvermögen in die Sichtweise der anderen Partner.

Das Hauptproblem bei der zukünftigen Integration Europas ist, dass sie nicht simultan verlaufen wird, sondern „à géométrie variable“. Wir werden in Europa unterschiedlich strukturierte verstärkte Zusammenarbeiten haben. Das Entscheidende bei jeder „variablen Geometrie“, bei jeder verstärkten Zusammenarbeit ist, dass Deutschland und Frankreich beide dabei sein müssen, sonst bringen sie Europa nicht weiter. Und keine verstärkte Zusammenarbeit darf exklusiv sein; jede muss offen bleiben für andere Mitglieder der EU.

Nach dem Wirtschaftsraum, nach einer gemeinsamen Verfassung, nach gemeinsamen Regelungen in der Innen- und Rechtspolitik wird die nächste große Aufgabe der europäischen Integration die Außen- und Sicherheitspolitik sein. Und wir müssen hier die Stufe der Kooperation überwinden und zu wirklicher Integration kommen. Es sind Beispiele hierfür heute genannt worden; manche haben von der gemeinsamen deutsch-

französischen Botschaft in Washington gesprochen, Jean François-Poncet hat sogar von einem gemeinsamen Auswärtigen Dienst gesprochen. Es gibt seit langem den Vorschlag, das CAP und den Planungsstab des Auswärtigen Amtes zu verschmelzen. Wir können nicht in der deutsch-französischen Zusammenarbeit und auch nicht in der europäischen Zusammenarbeit die Kooperationsstrukturen noch mehr administrativ verkomplizieren. Wir müssen zu echten Integrationsschritten kommen.

Die Rüstungsagentur ist genannt worden. Wenn die europäische Rüstungsagentur zu den nationalen Beschaffungsstrukturen additiv hinzukommt, dann wird sie die europäische Performance nicht verbessern, sondern noch komplizierter und damit noch weniger leistungsfähig machen.

Wir sind an einem Punkt angekommen, wo wir nur durch Souveränitätsverzicht und nur durch echte Integration europäische Handlungsfähigkeit, europäische politische Aktionsfähigkeit schaffen können. Das muss mit einzelnen Schritten beginnen. Wir müssen auch hier auf die „méthode Monnet“ zurückkommen. Denn Europa ist ein Prozess der immer tieferen Integration.

Wir erliegen bei solchen Veranstaltungen wie heute oft der Versuchung, dass wir uns sehr theoretisch über die Finalität Europas unterhalten. Nein, wir müssen anfangen mit einzelnen, ganz konkreten Schritten, wo wir nationale Institutionen, nationale politische Handlungsmethoden ersetzen durch integrierte deutsch-französische, als Nukleus für integrierte europäische Strukturen.

Das gleiche gilt auch in der bilateralen Zusammenarbeit. Wir haben heute gemerkt, dass die ökonomische Integration zwischen Deutschland und Frankreich sehr viel weiter vorangeschritten ist als die politische. Deshalb brauchen wir makroökonomische Rahmenbedingungen, die dieselben sind in Deutschland und Frankreich. Es wurde heute Morgen die Firma EADS angesprochen.

EADS ist ein deutsch-französisches Unternehmen, mit Firmensitz in Holland und mit Englisch als Arbeitssprache. Das ist die Realität. Das heißt, wir brauchen ein gemeinsames deutsch-französisches Gesellschaftsrecht, das einen Rahmen bildet für Unternehmen, die inzwischen integriert sind.

Wir brauchen eine deutsch-französische Forschungspolitik. Wir haben eine Deutsch-Französische Universität, das ist ein Briefkasten in Saarbrücken. Wir brauchen aber keine Koordinationsstellen, sondern deutsch-französische Fakultäten, deutsch-französische Forschungsinstitute, deutsch-französische Forschungsprogramme. Wenn Spitzenforscher in der Naturwissenschaft in der Community bekannt werden wollen, gehen sie in die USA, und wenn deutsche oder französische Forscher einen Nobelpreis verliehen bekommen, lehren sie in Harvard oder Berkeley. Wir brauchen eine deutsch-französische Hochschule als Hardware, nicht als irgendeinen Kooperationsmechanismus.

Bei der Gelegenheit, wir haben das Cerfa am Ifri, wir haben den deutsch-französischen Gesprächskreis an der DGAP, es ist höchste Zeit, dass wir einen deutsch-französischen Think-Tank zur Politikberatung gründen.

Dasselbe gilt für die Sprachpolitik; es gehört schon zu den Ritualen bei solchen Konferenzen, den Rückgang von Deutsch als Fremdsprache in Frankreich und von Französisch als Fremdsprache in Deutschland zu

beklagen. Wir haben keine Strategie dagegen. Wir müssen konkrete Schritte tun. Wir müssen es obligatorisch machen, einen Teil der Curricula in allen Bereichen der Bildung und der Ausbildung im Partnerland abzulegen.

Auch wenn die Außenpolitik die wichtigste „Baustelle“ der europäischen Integration wird, müssen wir nicht unsere Positionen abstimmen, sondern eine einheitliche Position entwickeln. Es kann nicht sein, dass der deutsche und der französische Minister im Ministerrat mit zwei unterschiedlichen Papieren in die Verhandlungen gehen. Wir brauchen eine einheitliche Position auch in schwierigen Themen. Wenn wir gegenüber den anderen Polen der Welt keine gemeinsame und einzige Position haben, dann brauchen wir nicht über multipolare Weltordnung sprechen. Deutschland wird kein Pol in einer multipolaren Welt sein, Frankreich auch nicht. Europa kann ein Pol in einer multipolaren Welt sein. Deshalb müssen wir zuerst wissen, was wir gemeinsam wollen. Wir müssen eine einheitliche Position gegenüber den Vereinigten Staaten, gegenüber den anderen Polen haben. Wir müssen nicht immer nur sagen: „Wir müssen“. Wir müssen mit kleinen, konkreten Schritten anfangen und dann schauen, welches der nächste Schritt sein kann. Wir sind nach 50 Jahren am Ende der Kooperation angelangt, jeder nächste Schritt muss eine echte Integration sein, der nationale Strukturen ersetzt.

# Historische Wahrheiten und Zukunftspotenziale

## Schlusswort

JEAN-LOUIS BOURLANGES\*

Als Schlussfolgerung aus unseren Diskussionen zeichnet sich ab, dass die deutsch-französische Beziehung aus einer doppelten Matrix hervorgegangen ist: zum einen aus den Römischen und den Pariser Verträgen von 1950–51, zum anderen aus dem Élysée-Vertrag von 1963. Im ersten Fall liegt die Bestimmung der deutsch-französischen Verständigung darin, das übrige Europa mit sich zu ziehen, zur mehr oder weniger großen Zufriedenheit der anderen Länder. Im zweiten Fall dagegen ist es genau umgekehrt, hier gilt die bilaterale Beziehung als privilegiert. Die Supranationalisten haben sich einst für die Denkrichtung der Römischen Verträge ausgesprochen, die Intergouvernementalisten für jene des Élysée-Vertrages. Paradoxerweise ist mit dem Augenblick der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages durch *Charles de Gaulle* und *Konrad Adenauer* die deutsch-französische Zusammenarbeit in eine Phase strengster Abkühlung eingetreten.

Wie hat dieses Duo seither funktioniert? Ich glaube, hier kann man zwei verschiedene Momente unterscheiden. Das erste ist die Schaffung der Gemeinschaft. Franzosen und Deutsche haben Vorschläge unterbreitet, und die anderen Länder haben sie ihrerseits übernommen, wobei sie diese zwar an den Rän-

dern veränderten, im Großen und Ganzen aber akzeptierten. Dieses Vorgehen hat sich mehrfach bewährt, und man sollte darin kein Zeichen für einen deutsch-französischen Imperialismus sehen. Denn letztlich war ein solches Verfahren nötig, nicht etwa, weil zwischen Franzosen und Deutschen die größte Einigkeit herrschte, sondern vielmehr, weil zwischen ihnen die größten Unterschiede bestanden. Wenn es gelang, kulturelle oder politische Divergenzen, ja zunächst sogar die Feindschaft zwischen Deutschen und Franzosen zu überwinden, dann hatte ein solcher Kompromiss alle Chancen, auch für die anderen akzeptabel zu sein. Daher war das Deutsch-Französische niemals ein System, das den anderen Ländern übergestülpt wurde, sondern vielmehr eine notwendige Bedingung dafür, dass Zustimmung von allen erreicht werden konnte.

In dieser ersten Phase basierte die Schaffung der Gemeinschaft auf einem Modell, nämlich der sozialen Marktwirtschaft, einer offenen Wirtschaft, die zwar wettbewerbsorientiert war, der aber vom Wohlfahrtsstaat Grenzen gesetzt wurden. Sie verfolgte ein genau definiertes Ziel, nämlich die Wiederherstellung des Friedens auf dem europäischen Kontinent, und sie musste eine große Diffe-

---

\* *Jean-Louis Bourlanges* ist Mitglied des Europäischen Parlaments und Professor am Institut d'études politiques, Paris.

renz überwinden, nämlich die Beziehung zu den Vereinigten Staaten. Das Prinzip der französischen Zugehörigkeit zu Europa wurde von General *de Gaulle* formuliert, als er mit der ihm eigenen Bescheidenheit von Europa als „Hebel des Archimedes“ sprach, über den Frankreich verfüge, um die Welt zu bewegen. Das deutsche Modell zielte ganz im Gegenteil darauf, die Ordnung zwar nicht der Post-Yalta-Zeit, aber der Nachkriegszeit zu sichern, die es den Deutschen zum ersten Mal in ihrer Geschichte ermöglichte, Frieden, Demokratie, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand zu erleben, all das, was für sie in den vorangegangenen Jahren allzu karg bemessen gewesen war. Man kann hier an das Wort von Brzezinski erinnern: „Für die Franzosen ist Europa eine Ambition, für die Deutschen eine Erlösung.“ Dieser offenkundige Unterschied erklärt, warum die deutsch-französische Zusammenarbeit auf der Stelle trat, sobald die Franzosen ihre allergische Haltung gegenüber der atlantischen Ordnung zutage treten ließen, und sogar ins Stolpern geriet, als die Deutschen es ablehnten, ihnen darin zu folgen – eine Ablehnung, die zum Zeitpunkt des Fouchet-Plans geschickt mittels der Niederlande geäußert wurde. Hier kam es zu einem echten Zwist. Man muss Präsident *Giscard d'Estaing* zum einen und Präsident *Mitterrand* zum anderen dankbar dafür sein, dass sie mit dieser französischen Haltung gebrochen und Ende der 1970er Jahre, angesichts der sowjetischen Bedrohung, das deutsch-französische Tandem auf einer stärkeren Solidarität mit den Vereinigten Staaten neu begründet haben. Ich glaube, wenn dies nicht zwischen dem Gipfel von Guadeloupe und der Rede von Präsident *Mitterrand* vor dem Deutschen Bundestag der Fall gewesen wäre, dann hätte sich die deutsche Vereinigung unter Bedingungen vollzogen, die für die deutsch-französische Zusammenarbeit und für den Platz Frankreichs in Europa verheerend gewesen wären.

## Ein Duo in der Krise?

In einer zweiten Phase hat diese perfekte Konstruktion tiefe Risse bekommen, und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs musste das deutsch-französische Tandem eine ganze Reihe von Rückschlägen einstecken. Zunächst wurde es weniger mächtig. So hatte man zuvor drei Arten von „Europa“ unterscheiden können: das Kontinental-Europa der Römischen Verträge, das Europa der EFTA, der Peripherie, das stärker auf seine Souveränität bedacht war und auf seine Ambitionen im Freihandel beschränkt blieb, und schließlich Osteuropa, das Europa des COMECON. Diese drei Europa haben nach und nach fusioniert, und die Antriebskraft, die das deutsch-französische Tandem lieferte, musste nunmehr erhebliche Anstrengungen leisten, um weiterhin Kulturen mit sich zu ziehen, die zutiefst unterschiedlich sind. Die Länder der ehemaligen EFTA gaben sich sehr zurückhaltend, während sich die Länder des ehemaligen COMECON mit ihrer kompletten Aversion gegenüber dem „real existierenden Sozialismus“ liberaler, eher pro-amerikanisch und vielleicht auch eher auf Souveränität bedacht zeigten als das Europa der Sechs.

Zweitens hat das Tandem wegen seiner schwachen Wirtschaftsergebnisse an Ansehen verloren. Es genügt in der Tat nicht, Lektionen zu erteilen, wenn man gehört werden will, muss man hin und wieder auch mit gutem Beispiel vorangehen. Hier wäre der deutsche Rückstand in Sachen Reformen ebenso wie das französische Beharren, diese nicht umzusetzen, gleichermaßen anzuführen. Allerdings muss man dabei einen Unterschied machen, denn die Deutschen haben zwar lange gebraucht ihre Reformen voran zu bringen, doch haben sie schließlich freiwillig diesen Weg eingeschlagen, während sich die Franzosen was dies anbetrifft besonders entschlosslos zeigen; die französische Reform reduziert sich letztlich auf das Projekt von *Douste-Blazy*, das recht beschei-



den ist. Die anderen Länder scheinen solche Schulmeister nicht mehr ertragen zu können, die selbst nicht in der Lage sind, notwendige Maßnahmen zu ergreifen.

Drittens hat das Duo an Nutzen eingebüßt, und zwar aus zwei Gründen: Zunächst deshalb, weil es einst gebildet wurde, um den Frieden zu sichern, dieser aber nun erreicht ist. Niemand glaubt mehr daran, dass Deutsche und Franzosen gegeneinander in den Krieg ziehen könnten. Für die junge Generation geht es eher darum, den Frieden in den verschiedenen Regionen der Welt zu sichern, vor allem im Mittleren Osten. Schließlich hat sich auch der Horizont globalisiert. Durch eine Art „kopernikanischer Revolution“ machte ein bisher eurozentriertes Weltbild einer Eingliederung der Region Europa in ein multipolares Gebilde Platz. Innerhalb dessen ist aber das deutsch-französische Duo labil, vor allem weil die deutsche Politik traditionell eurozentriert war. Bismarcks Ausspruch, als Delbrück ihm die Afrika-Karte zeigte, illustriert diesen Zentrismus sehr anschaulich: Bismarck, der vor allem um das Gleichgewicht in Europa bemüht war, sagte zu Delbrück: „Meine Afrika-Karte ist diese“ und deutete auf eine Karte von Europa.

Schließlich hat das Duo an Entschlossenheit verloren. Bislang war Europa der Horizont, der es ermöglichte, den deutschen Bestrebungen nach Einheit, Gleichheit und Souveränität zu entsprechen. Mit der Wiedervereinigung, die den Deutschen das Gefühl verlieh, endlich vereint, gleich und souverän zu sein, hat sich die Begeisterung jedoch verflüchtigt. Von dem Augenblick an, da deren Einheit verwirklicht war, hat sich Europa in einen Lebensrahmen verwandelt, und das schwindende deutsche Engagement äußerte sich in einer Kritik an der Kommission, die kurz zuvor noch undenkbar gewesen wäre. Was die Franzosen angeht, so ist ab Mitte der 1990er Jahre zu beobachten, dass deren Vorschläge an Stärke verlieren und schließlich ganz zum Erliegen kommen.

Letztlich ist festzuhalten, dass der außerordentlich großen Dynamik an Ideen und Entwürfen, die in der Phase von 1974 bis 1993 von den magischen Dreiecken Delors–Giscard–Schmidt und dann Delors–Kohl–Mitterrand begleitet wurden, in der nächsten Phase der Atem ausging, um schließlich in den 1990er Jahren in eine offenkundige Belanglosigkeit abzusinken.

## Divergenzen und Konvergenzen

Heute sind unsere Gesellschaften in sich gespalten. In der Türkei-Frage beispielsweise entstand eine tiefe Kluft sowohl innerhalb Deutschlands als auch Frankreichs. Beide Regierungen liegen auf gleicher protürkischer Wellenlänge, während die öffentlichen Meinungen in beiden Ländern sich in der Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei einig sind. Es erweist sich als schwierig, zwischen derlei gespaltenen Gesellschaften eine wirklich gemeinsame Vorgehensweise herzustellen. Die Türkei-Frage ist jedoch eine grundsätzliche, nicht wegen der Türkei an sich, sondern weil sie die Natur des europäischen Projekts überhaupt bestimmt. Unsere Gesellschaften sind im Übrigen auch gespalten, wenn es um Reformen geht. Zwar muss man mit Umfragen stets vorsichtig umgehen, doch ist es eher beruhigend, unabhängig von der politischen Bedeutung, dass die Popularität von Kanzler Schröder trotz der von ihm eingeleiteten Reformpolitik wieder zunimmt. Ungeachtet der Widerstände in der öffentlichen Meinung in Deutschland ist der Wille zu Reformen nicht zu leugnen. Was Frankreich angeht, so streitet man sich unablässig darüber, welches Modell man umsetzen soll. Schließlich sind die Deutschen heute auch in ihrer Beziehung zu den Vereinigten Staaten gespalten, während die Franzosen ihrem historischen Antiamerikanismus treu bleiben.

Jenseits der Divergenzen sind jedoch auch positive Zeichen zu erkennen, beispiels-

weise in der Irak-Frage. Gewiss darf man die jeweilige Position der beiden Länder nicht miteinander verwechseln, den so genannten „rationalen Pazifismus“ in Deutschland und das ungezügelte Unabhängigkeitsstreben eines *Dominique de Villepin*. Aber trotz dieser deutlichen Nuancen wurde eine Verbindung geschaffen, die sichtbare Folgen hatte. Im Nachgang des Irak-Konflikts haben Deutsche, Franzosen, Luxemburger und Belgier einen Gipfel zu Verteidigungsfragen in Brüssel organisiert, über den sich die britische Presse als „Pralinengipfel“ lustig machte. Doch kaum hatte sich ein gemeinsamer Wille in dieser Frage abgezeichnet, beeilten sich die Engländer, sich ihren Partnern anzuschließen. So gelangte man schnell zu einer Übereinstimmung, die den Beginn einer gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik darstellte. Was die Institutionen anbelangt, so stellen die Franzosen mit ihrer Stimme das Handeln der Diplomaten nicht infrage, und man kann sagen, dass das deutsch-französische Tandem gegenüber den europäischen Ländern an der Peripherie, die vor allem von Spanien und Polen repräsentiert werden, Punkte gutgemacht hat. Die Engländer haben eine zurückhaltende Rolle gespielt, ohne sich dem deutsch-französischen Duo offen zu widersetzen. Dessen Sieg wurde noch gekrönt durch die veränderte Haltung Spaniens infolge des Regierungswechsels. So hat der Nachahmungseffekt, der Widerstand gegenüber jenen, die keine gemeinsame Verfassung wollten, recht gut funktioniert.

### **Notwendige neue Begeisterungsfähigkeit**

Was in der Bilanz beunruhigt, ist eine mangelnde tiefreichende Einigkeit zwischen unseren beiden Gesellschaften. Es bleibt außerordentlich viel zu tun, um uns einander anzunähern, und dies gewiss über andere Wege als eine verstärkte Zusammenarbeit.

Verstärkte Zusammenarbeiten werden nie klappen, denn sie sind nicht dafür gemacht zu funktionieren. Sie sind im Wesentlichen ein Instrument der Kontrolle über jene, die diesen Weg einschlagen wollen. Sobald eine Gruppe von Ländern eine Art forcierte Zusammenarbeit vorschlägt, fragen sich die anderen, inwiefern sie beteiligt werden, und man kommt schließlich zu keiner Entscheidung. So hat sich in der Steuerfrage ein sehr interessantes Beispiel ergeben: Man entschied sich dafür, über die Steuerreform nicht mit qualifizierter Mehrheit abstimmen zu lassen. Die Kommission legte ein kleines Projekt zur verstärkten Zusammenarbeit in der Steuergesetzgebung vor, und sofort haben sich alle Länder darauf gestürzt, um es gemeinsam zu realisieren. Daher ist zu fürchten, dass der Abschreckungseffekt, den verstärkte Kooperationen jeweils hervorrufen, von vorneherein jeglichen Versuch ihrer Umsetzung vereitelt.

Tatsächlich gibt es neben dem Vertrag eine ganze Reihe von Aktionsmöglichkeiten für beide Länder, die damit durchaus vereinbar sind und die Ausgangssituation grundlegend verändern würden. Das Erlernen von Deutsch in Frankreich und von Französisch in Deutschland könnte man zur Pflicht machen. In Fragen der Demographie scheint das französische Modell besser zu funktionieren als das deutsche: Hier könnte man eine gemeinsame Politik gestalten. Was die Steuerreform anbelangt, so gibt es in Frankreich 150 verschiedene Steuern, in Deutschland weniger als 50. Wir könnten damit anfangen, dass wir die Zahl der verschiedenen Steuern verringern, womit wir die Probleme der Führung des französischen Finanzministeriums in vereinfachter Form angehen könnten. Im militärischen Bereich könnten wir eine gemeinsame Politik der Ausstattung unserer Armeen betreiben. Man spricht von der europäischen Vereinheitlichung des Gesellschaftsstatuts, was gewiss zu begrüßen ist, doch sollten wir zunächst ganz konkret mit Ent-

scheidungen beginnen, die es Franzosen und Deutschen erlauben, gemeinsam etwas zu Wege zu bringen. Die gleichen Anliegen sind im Bereich Familienrecht und Zusammenarbeit in der Justiz bitter nötig. Wenn Franzosen und Deutsche Schritte in dieser Richtung unternähmen, ohne ihren Nachbarn etwas aufzuerlegen, dann würde man ihre Bemühungen beobachten, schätzen, sie in Europa

zum Vorbild nehmen, und gewiss würde dann eine allgemeine Integrationsbewegung in Gang kommen. Im Endergebnis glaube ich keineswegs, dass das deutsch-französische Tandem seine Fähigkeit der Einflussnahme oder der Ausstrahlung eingebüßt hat; ich fürchte nur eine Sache, nämlich, dass sich das deutsch-französische Tandem weigert, wirklich als solches zu existieren.